

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

41 (18.2.1909)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Noth, Meibenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Teil: A. Weichmann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Italienische Wahlbewegung.

Von unserem italienischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: In Italien ist die Wahlbewegung im vollsten Gange. Die Parteien marschieren mit ihren Programmen und Kandidaten auf; doch ist der Aufmarsch noch nicht beendet.

Zu der vor kurzem stattgefundenen Sitzung des Parteivorstandes hatte auch die Generalkommission der Gewerkschaften (der Vorstand der Confederazione del Lavoro) zwei Vertreter delegiert, nämlich die Genossen Rigola und Cerutti. Der Gesamtvorstand der Confederazione beabsichtigt seinerseits, in einer auf den 20. ds. Mts. nach Turin anberaumten Sitzung Stellung zu den Wahlen zu nehmen.

Zwei Tage vorher wird eine Konferenz der Ortsvorsitzenden und Delegierten des Landesverbandes der Beamten, einberufen von dem Verbandsvorsitzenden Abg. Genossen Filippo Turati, in Mailand tagen, um unter energischer Wahrung des Koalitionsrechts der Beamten Stellungnahme zu den Wahlen zu beschließen. Dabei wird sicher auch zur Sprache kommen und die gebührende scharfe Kritik erfahren die bereits proklamierte Eskamotierung des Wahlrechts der Eisenbahner, die auf Wink von oben durch Verneinerung von Freifahrkarten und Urlaub erzielt werden soll.

Ueber die allgemeine Taktik der sozialistischen Partei Italiens, die sie bei den bevorstehenden Wahlen einschlagen will, haben wir schon berichtet; desgleichen über die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, die über diese wichtige Frage stattgefunden haben. Die Partei geht, wo irgendwie Aussicht auf Erfolg ist, mit selbständigen Kandidaten, aber auch in aussichtslosen Wahlkreisen überall dort, wo kein akzeptabler bürgerlicher Kandidat aufgestellt ist, mit Zählkandidaturen vor; sie unterstützt die Radikalen und Republikaner, sie wird ihrerseits vielerorts von den leitenden Instanzen dieser Parteien unterstützt, wobei abzuwarten bleibt, wie weit die Wähler der Parole folgen. Das Zusammengehen mit den christlichen Demokraten ist abgelehnt worden. Die Sozialisten können mit diesen Leuten unter Umständen auf gewerkschaftlichem, doch bei der diametral entgegengesetzten Weltanschauung kaum politisch zusammengehen.

Die republikanische Partei, also die bürgerliche Partei, die den Sozialisten am nächsten steht und relativ starke proletarische und sozialistische Einschläge aufweist, hat in ihrem leitenden römischen Blatte, der „Ragione“, ihr Wahlprogramm veröffentlicht, das sich durch unleugbare Entschiedenheit vor den verwachsenen Programmen oder den der völligen Programmlosigkeit anderer bürgerlichen Gruppen vorteilhaft auszeichnet. Es stehen u. a. folgende Forderungen darauf: Allgemeines Wahlrecht, Unverletzlichkeit der Abgeordneten, das Recht der Wähler, ihre Abgeordneten zur Mandatsniederlegung zu nötigen, allmählicher Uebergang zur allgemeinen Volksbewaffnung, Progressivsteuer, Sicherung der Koalitionsfreiheit, Expropriation der Besitzer unangebauter Ländereien, Abschaffung der Lebensmittelzölle, Trennung von Staat und Kirche, völlige Weltpolitik der Schule, Abschaffung der Garantiegesetze zum Schutz des Papsttums.

Der Ministerpräsident Giolitti, der „Fuchs von Dronoro“, will während der Wahlbewegung nicht sprechen, d. h. keine öffentliche Wahlrede halten. Angeblich, um die Freiheit der Wahlen nicht zu beeinflussen, in Wirklichkeit, um nicht durch so etwas wie eine programmatische Erklärung irgendwelche Bestandteile seines Mischmasch-Ordnungsblocks abzutöten, der sich von den Merkmalen bis zu den Maulradikalen von der Art des Kammerpräsidenten Marcora erstreckt. Völlige Ideenlosigkeit zeichnet des schlauen Giolitti Politik aus. Als Oppositionschef und noch als Ministerpräsident liebgeliebt er mit den Sozialisten und suchte Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen, um Turcati zur Annahme eines Ministerpostens zu gewinnen. Jetzt aber verkündet er seit langem eine „Sammelpolitik“ gegen die Sozialisten und fraternisiert mit seinen früheren Todfeinden, den Merkmalen. Und diese haben offene Ohren für den Sammelruf. Offiziell zwar wird das Verbot nicht aufgehoben,

das den päpstlich gesinnten Katholiken die Teilnahme an den Wahlen unterlag. Aber offiziös wird den Katholiken bedeutet, daß sie sich an den Wahlen beteiligen und für die von den Bischöfen bezeichneten Kandidaten stimmen dürfen. Und Monsignore Bonorelli, der wegen seiner „Staatsfreundlichkeit“ so oft gepriesene Bischof von Cremona, schreibt einen Schreibbrief an eine konservative Zeitung, spricht darin den Arbeitern gültig das Recht zu, auf Lohnerhöhungen bedacht zu sein, verflucht die Arbeiter bis in den untersten Höllenschlund, wenn sie die „gottgewollte“ Einrichtung des Lohnsystems und der Klassenunterschiede abschaffen wollen.

Ueber die Wahlausichten läßt sich in diesem Zeitpunkt noch nichts sagen. Unsere Brudervertei darf mit frohem Mut in den Kampf ziehen. Vielleicht noch mehr als ihre eigene Mühseligkeit haben die Fehler ihrer Gegner für sie gearbeitet. Naturgemäß liegt die Hauptstärke der Partei im industriellen Norden (Lombardien, Romagna, Emilia, Piemont). In Wirklichkeit herrscht im Süden und im Norden Italiens ein völlig verschiedenes Wahlrecht. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens, an die neben einem Genus das Wahlrecht geknüpft ist, ist in einzelnen Nordprovinzen fast allgemein, in dem zurückgebliebenen Süden in unglaublich beschränktem Umfang verbreitet. So kommt es, daß die jüdischen Wahlkreise oft nur ebensoviele Hunderte von Wählern zählen, wie die nördlichen Kantone! Immerhin sind auch in manchen jüdischen, speziell sizilischen Wahlkreisen die Aussichten nicht schlecht. Die Wiederwahl des freilich der Partei nicht angehörenden De Felice in Catania dürfte sicher sein. Die Agitation für die messinischen Wahlkreise wird in Catania betrieben, wohin sich die meisten Flüchtlinge aus Messina begeben haben.

In Rom, das fünf Abgeordnete wählt, unterstützt die Partei die Republikaner Mazza und Barzilai, während sie den wenigstens in kommunalen Angelegenheiten mit den Volksparteien (Demokraten, Sozialisten, Republikanern) zusammengehenden Vaccelli weder unterstützt noch bekämpft. Gegen den bisherigen Abgeordneten Santini, der sich bei den Parlaments-Journalisten eine Berühmtheit à la Gröber erworben hat, stellt unsere Partei den Chefredakteur des „Avanti“, Bissolati, auf, dessen Kandidatur auch die Radikalen und republikanischen Blätter der Hauptstadt unterstützen. Im Vorortwahlkreis Alba wird von der Partei der radikale Sproß der Adelsfamilie Vorgehe unterstützt.

Außer Bissolati kandidieren noch drei weitere Redakteure des „Avanti“. Auch auf bürgerlicher Seite ist die Zahl der kandidierenden Journalisten außerordentlich groß.

Der Wahlauf Ruf des Parteivorstandes an das italienische Volk verweist auf die Unfruchtbarkeit der „aus der antisozialistischen Konzentration des Jahres 1904 geborenen Legislatur“. Die Kirche habe für die der Reaktion gebotene Hilfe Vormundschaft über Staat und Regierung übernommen. Die herrschenden Klassen haben den historischen Boden der nationalen Wiedergeburt verlassen und auf jede großzügige demokratische Erneuerung des Landes Verzicht geleistet. Der Aufruf wendet sich dann speziell an die Arbeiter, welche die schwerste Last der politischen Reaktion und der wirtschaftlichen Misere getragen haben. Zum Schlusse heißt es: „Der jetzige Kampf muß im Geiste des sozialistischen Gedankens geführt werden. Wir fordern das allgemeine Wahlrecht, die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze, die Wiederherstellung der Bürgerrechte für die Beamten. Die Kultur- und Friedensmission Italiens muß unter Mithilfe der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft gesichert werden gegen die feudalen und reaktionären Klassen jenseits der Alpen. Die Zukunft liegt in dem demokratischen Sozialismus. Bei diesen Wahlen wird auch die Konfederation der Arbeit zum erstenmal sich als Körperschaft aktiv am Wahlkampf beteiligen. Die italienischen Zentralverbände sind selbstverständlich, wie die deutschen Gewerkschaften, politisch neutral. Sie haben aber auch als Gewerkschaften ein hohes Interesse an dem Ausfall der Wahlen. Wie in der letzten Nummer des offiziellen Organes des Gewerkschaftsbundes ganz richtig auseinander

gesetzt wird, ist da der Standpunkt einer vollständigen Indifferenz nicht angebracht. Die Gewerkschaften haben zahlreiche Forderungen an die Gesetzgebung gestellt und es muß ihnen daran liegen, solche Männer in das Parlament einzuziehen zu sehen, die ihren Wünschen Rechnung zu tragen bereit sind. Das ist aber in der Hauptsache nur von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei zu erwarten. Für diese werden also auch die Gewerkschaften zu stimmen haben.

Neueste Nachrichten.

Ein Linksblock.

Singen a. S., 17. Febr. Die „Singer Nachrichten“ schreiben: „Mit der Bildung eines großen Linksblocks“ beschäftigen sich im Oberland, wie wir bestimmt wissen, schon weite Kreise. In einem Wahlbezirk sind die Verhandlungen dem Abschluß nahe.“

Das amtliche Resultat von Bingen-Alzey.

Bingen, 17. Febr. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Bingen-Alzey wurden insgesamt 22 093 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Pfarrer Koppel (Frei. Volksp.) 8804 Stimmen; Stadtrechner Uebel (Zentr.) 6612 Stimmen; praktischer Arzt Dr. Becker (nationalliberal) 6910 Stimmen und Redakteur Udelung 1558 Stimmen; gesperrt waren neun Stimmen.

Der Block und die Finanzreform.

Berlin, 17. Febr. Die Blockparteien des Reichstags halten dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge heute und morgen Abend Fraktionsitzungen ab, in denen ihre Vertreter im Unterausschuß der Finanz-Kommission über dessen bisherige Verhandlungen und vergeblichen Bemühungen, zu einer Verständigung in der Reichsfinanzreform zu gelangen, Bericht erstatten und sich eventuell neue Weisungen für weitere Verhandlungen erteilen lassen werden. Obwohl die verbündeten Regierungen äußerlich nach wie vor an der Nachschaffsteuer festhalten, nimmt man doch in unterrichteten Kreisen an, daß man sich schließlich auf eine erweiterte Erbschaftsteuer als Ersatz für die Nachschaffsteuer einigen werde. Eine Reichsvermögenssteuer gilt in jeder Gestalt als völlig aussichtslos, da namentlich die größeren Bundesstaaten sie mit aller Entschiedenheit ablehnen werden.

Das Ende des türkischen Boykotts.

Wien, 17. Febr. Die Exposition des österreichischen Handelsmuseums in Balona depechiert: Der öffentliche Ausrufer in Balona verkündete das Ende des Boykotts und forderte alle Rechtgläubigen auf, ihre regelmäßigen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn wieder herzustellen.

Privat-Telegramme.

Die fahrkartensteuer für die 4. Klasse.

Berlin, 18. Febr. Allen Ernstes wird gemeldet, daß man das Piaso der fahrkartensteuer wett machen will durch eine „entsprechende“ Umänderung, welche baldigt dem Reichstage vorgelegt werden soll. Darnach würde die fahrkartensteuer für die 3. Klasse erhöht, für die 4. Klasse neu eingeführt werden. Den schönen Plänen kann man jetzt schon ein schlimmes Ende prophezeihen.

Der agrarische Reichskanzler.

Berlin, 17. Febr. Auch diesmal erschien Fürst Bülow in der Generalversammlung des Landwirtschaftsrates, der Zentralinstanz für agrarische Wünsche. Der Vorsitzende Schwerin-Löwitsh verführte, auch die Agrarier wollten Opfer bringen und ihr Klavier und ihre Zigarre versteuern (?). Er sang dem Fürsten Bülow ein Loblied, das dieser durch die Mitteilung in seiner Erwiderung ausglich, er habe bei seinem Amtsantritt vom Kaiser die Erlaubnis zur Einführung höherer Schutzzölle eingeholt und auch erhalten. Er denke nicht daran, das Feld zu räumen (die Bemerkung war auf den Draufgänger v. Oldenburg gemünzt) und werde voraussichtlich noch länger auf dem Posten sein, als seinen Gegnern lieb sei. Die Finanzreform sei nötig zur Erhaltung der Sicherheit des Reiches.

Die Angst vor der Sozialdemokratie.

Altona, 18. Febr. Wie jetzt bekannt wird, hatte die Regierung in der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Lettenborn beabsichtigt, das Stadtverordneten-Kollegium aufzulösen. Sie unterließ jedoch die Ausführung dieser Absicht, da sie befürchtete, die Sozialdemokratie werde von den Neuwahlen den Hauptvorteil haben.

Deutsche Politik.

Auch eine Wahlrechtsreform. Dem altenburgischen Landtag ist eine Novelle zur Abänderung des Wahlrechts zugegangen, die die Abgeordnetenzahl von 30 auf 32 erhöht. Es kommen 2 Wahlbezirke der Höchsteuerverten in Wegfall; dieser Wählerklasse verbleiben künftig nur noch 7 Bezirke. Dagegen erhalten die Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer und die künftig zu bildende Arbeiterkammer je einen Abgeordneten im Landtag.

Gegen die thüringischen Kleinstaaten wendet sich ein von der sozialdemokratischen Fraktion des Rudolstädter Landtags eingebrachter Antrag, der lautet: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, sich mit den Regierungen der thüringischen Staaten in Verbindung zu setzen, um einen Zusammenschluß der acht thüringischen Staaten zu einem Staatenbund mit einheitlicher Verwaltung und Gesetzgebung, also mit nur einer Zentralverwaltung und mit einem Parlament zu erwägen.

Der Antrag entspricht einer Resolution, die auf einer Konferenz der sozialdemokratischen thüringischen Landtagsabgeordneten angenommen wurde, und wird deshalb auch in den anderen thüringischen Staaten angenommen werden.

Gegen den Schutz der Eingeborenen machen die ostafrikanischen Pflanzer mobil. Freiherr v. Rechenberg, der Gouverneur von Ostafrika, hat in dieser Eigenschaft — in Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär Dernburg — verschiedene Maßnahmen ergriffen, die den Schutz der eingeborenen Arbeiter betreffen. Den Pflanzern ist dieser Schutz zu weitgehend, sie verlangen das Recht auf schrankenlose Ausbeutung der Eingeborenen und sie werden darin durch die Haltung des Unterstaatssekretärs im Kolonialamt, v. Lindquist, bekräftigt. Sie haben jetzt der bürgerlichen Presse einen Artikel zugehen lassen, in dem sie kategorisch die Entfernung des Freiherrn v. Rechenberg verlangen. Selbstverständlich verweigern sie den eigentlichen Grund und führen eine Anzahl Handlungen des Gouverneurs an, die sich in ihrer Wirkung als verfehlt erweisen haben sollen. Der Streit zwischen dem Gouverneur und den Pflanzern dürfte bei Beratung des Etats für Ostafrika eingehend erörtert werden.

Das Steuerkompromiß. Der „Germania“ wird geschrieben, daß ein Kompromiß auf folgender Grundlage zu erwarten sei: Die Nachlasssteuer und die Ausdehnung der Erbschaftsteuer fällt. Dafür werden die Matrifalarbeiträge auf 1,60 Mk. im Maximum festgesetzt. An die Stelle der Gas- und Elektrizitätssteuer tritt eine Kohlensteuer, pro Tonne Steinkohle und Roß 25, pro Tonne Braunkohle 10 Pfg. Diese Steuer soll 60 Millionen Mark bringen.

Statt der Weinsteuern soll die Fahrkartensteuer beibehalten werden, statt der Inzeraten- und Plakatssteuer bleibt die Zucksteuer. Bier, Tabak und Branntwein sollen 275 Millionen Mark bringen und der Rest von 40 Millionen Mark wird durch Erhöhung des Kaffeezolls von 40 auf 60 Mk. pro 100 Kg. gedeckt.

Die „Germania“ begrüßt diese Steuerpläne als ein Entgegenkommen von rechts und links: Sie bedeuten eine agrarische Mehrbelastung des besitzlosen Volkes weit über die Regierungsvorlage hinaus. Die Kohlensteuer (also neben dem Kohlenwucher des Syndikats noch eine Besteuerung durch das Reich), die Beibehaltung der Fahrkartensteuer und dazu noch die Erhöhung des Kaffeezolls — das hat selbst die Regierung nicht gewagt. Das begrüßen nur die preussischen Junker und das ihnen wieder befreundete Zentrum, die wieder regierende Partei von morgen! Uebrigens kann der Kaffe Zoll einseitig nur erhöht werden gegenüber Ländern, mit denen kein Handelsvertrag besteht und auch keine Meistbegünstigung.

Eine skandalöse Ausweisung wird aus Fürstentum Walde an der Spree gemeldet. Dort war der schon ältere russische Staatsangehörige Heilmichleifer Ignaz Brilinski in einer Dampfseilereibehälter beschäftigt, als er plötzlich von der Arbeitsstelle weg verhaftet und nach Anstalt abgeführt wurde. Man ließ ihm nicht einmal Zeit, seine Verhältnisse zu ordnen und von seiner Familie — einer Frau und zwei erwachsenen Töchtern — Abschied zu nehmen.

Dabei hat man nicht einmal einen Anhaltspunkt dafür, warum eigentlich die Ausweisung erfolgte. Brilinski ist vor 22 Jahren nach Deutschland gekommen; seine Frau ist eine Deutsche. Ueberall erfreute er sich der größten Beliebtheit. Er ist auch nicht durch gewerkschaftliche und politische Betätigung hervorgetreten, jedoch man tatsächlich in ihm nur wieder ein Opfer preussischer Ausweisungspraxis sehen muß.

Badische Politik.

Helf was helfen mag.

Herr Ammon dreift sich täglich glücklich und überschüttet Obkircher förmlich mit Schmeicheleien. Er hat dazu alle Ursache, denn die Nationalliberalen dampfen heute in dem Kurs, den Herr Ammon seit Jahren vergeblich als den allein richtigen bezeichnet hat. Ammon täuscht sich zwar nicht über die Situation, in welcher sich die Nationalliberalen befinden und er versucht diese deshalb schon heute damit zu trösten, daß, wenn auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen einige nationalliberale Mandate verloren gehen, dafür bei späteren Wahlen um so mehr wieder gewonnen würden. Besonders tröstlich klingen diese Prophezeiungen für eine fernere Zukunft gerade nicht. Aber Herr Ammon weiß sich zu helfen. Er schlägt den Nationalliberalen vor, mit den Mittelständlern eine Vereinigung in den Städten Kompromisse abzuschließen.

Nehmen wir einmal an, die Mittelstandsvereinigung stelle in allen vier Karlsruher Wahlkreisen Landtagskandidaten auf, so würde dadurch der nationalliberale Partei sicherer Eintrag getan. Wenn man aber mit der Mittelstandsvereinigung Klug verhandelt, so kann man sich ihrer Unterstützung in Karlsruhe-Mittelstadt und Karlsruhe-West für liberale Kandidaten versichern und ihr ruhig Gegenleistung in Karlsruhe-Süd und Karlsruhe-Ost aussetzen. Das würde zur Folge haben, daß die Mittelstandsvereinigung, die jedenfalls auch die Zentrumsstimmen bekommt, die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Kolb und Dr. Franl aus der Kammer beseitigen würde.

Ammon rechnet dabei wenigstens für die Mittelstands-kandidaten mit der Unterstützung des Zentrums. Er vergißt aber dabei, daß, sobald die Nationalliberalen mit den Mittelständlern gehen — deren Stimmen auf die verschiedenen Wahlkreise verteilt, übrigens gegen die Sozialdemokratie nicht schwer ins Gewicht fallen — dafür Hunderte von anderen Wählern den Abmarsch nach links vollziehen würden. Ein irgendwie namhafter Erfolg der Mittelständler in den Außenbezirken ist völlig ausgeschlossen. Anders liegt die Sache, wenn die Mittelständler gegen die Nationalliberalen eigene Kandidaten aufstellen. Damit wären die bisherigen städtischen Mandate der Nationalliberalen samt und sonders sehr gefährdet. Deshalb wirft Herr Ammon mit der Wurst nach der Speckseite der Mittelständler. — Wir sehen jedenfalls diesen tattischen Manövern mit Seelenruhe entgegen.

Politischer Größenwahn.

In einer nationalliberalen Versammlung in Emmendingen unterzog ein Redner die durch die hiesigen Verhältnisse „absolut nicht gerechtfertigte Gründung eines demokratischen Vereins einer scharfen Kritik“. Was gewisse nationalliberale Herren sich nicht noch alles einbilden. Als ob andere Parteien bei den Nationalliberalen erst um Erlaubnis einkommen müßten, ob sie sich organisieren dürfen. Den Emmendinger Nationalliberalen scheint es schummerlich geworden zu sein. Sie haben dazu allerdings einigen Grund.

Der neue Sommerfahrplan

bestätigt die von uns geäußerten Befürchtungen, daß mit den beschleunigten Personenzügen nach und nach aufgeräumt wird. So fällt der beschleunigte Personenzug aus, der bisher früh 7 Uhr von Freiburg abfuhr und 1/2 10 Uhr in Karlsruhe eintraf und der Zug, der abends 9 Uhr von Karlsruhe nach Freiburg fuhr. Der letztere Zug ist früher um 6.16 Uhr ab Karlsruhe gefahren. Erst hat man ihn also auf eine spätere Stunde verlegt und jetzt ganz aus dem Fahrplan gestrichen. Beide Züge waren stets sehr gut frequentiert.

Als Grund für ihre Ausschaltung wird „dringende Ersparnis“ angegeben. Eine ganz neue Sparerei, wenn man sehr gut besetzte Winterzüge im Sommerfahrplan ausschaltet. Weniger Sparerei entwickelt unsere badische Eisenbahnverwaltung bei den Schnellzügen. Auf der Strecke Karlsruhe—Appenweier verkehren täglich 20 schnelle Züge, darunter nur 6 Eilzüge, die keinen Zuschlag erfordern. Bei verschiedenen Schnellzügen sind Haltestellen beseitigt worden. Grund: um einen erstklassigen internationalen Durchgangsverkehr zu schaffen. Bei diesen durchgehenden Schnellzügen legt die Eisenbahnverwaltung schweres Geld drauf. Aber da wird nicht gespart, im Gegenteil. Dagegen wird das badische Publikum wieder schikanisiert und neue Opfer werden von ihm gefordert, um die von Norden und Süden kommenden, durch unser Land fahrenden Reisenden noch schneller durchs Land zu befördern. Eine „gentale“ Eisenbahnpolitik, die man nur begreift, wenn man weiß, auf was es bei dieser Sparerei auf Kosten des badischen Volkes in letzter Linie abgesehen ist.

Die großen bürgerlichen Parteien sind bei der Tarifreform wieder einmal auf dem Heim gefroren. Jetzt haben wir das schon, was damals prophezeit wurde. Im nächsten Winter wird noch mehr „gespart“ werden, bis die beschleunigten Personenzüge alle abgeschafft sind und wir, wenn wir nicht durchs Land bummeln wollen, 3 Pfg. pro Kilometer und Schnellzugszuschlag zahlen müssen. So war vor der Tarifreform geplant; die beschleunigten Personenzüge waren nur der Köder, der dem Zentrum und den Nationalliberalen hingeworfen wurde und auf den beide Parteien hereingefallen sind. Dem badischen Volke aber werden eines Tages die Eisenbahnen nicht mehr gehören. Das und nichts anderes ist nämlich der Zweck der ganzen Uebung.

Die badischen Staatsbahnen

haben im Januar gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Mehreinnahme von fast 1/4 Million Mark erzielt. Nach geschätzten Feststellungen wurden im Januar aus dem Personenverkehr 1.509.960 Mk. gegenüber den endgültigen Einnahmen im Januar 1908 213.110 mehr. Der Güterverkehr brachte 4.807.310 Mk. gleich 121.245 Mk. mehr als im Vorjahre. In ganzen wurden nach Abzug von 14.840 Mk. Mindereinnahmen aus sonstigen Quellen 334.350 Mk. mehr als im Januar 1908 eingenommen. Es macht sich also wieder ein, wenn auch noch langames Steigen der Einnahmen bemerkbar. Leider wird in der veröffentlichten Statistik nie mitgeteilt, wie hoch die Einnahmen aus den verschiedenen Zugsgattungen beim Personenverkehr sind. Die Jahresstatistik aber beweist regelmäßig, daß beim Personenverkehr die teuren Klassen die unrentabelsten sind. Wenn es zutreffen sollte, daß die beschleunigten Personenzüge beseitigt oder doch eingeschränkt werden, so würden die Einnahmen dadurch wieder eine sehr starke Beeinträchtigung erfahren. Der neue Fahrplan ist bereits zur Einsicht aufgelegt und wir werden ja daraus sehen können, wie um diese Zugsgattung bestellt sein wird.

Zentrum und Landwirtschaftskammer.

Dem „Bad. Beobachter“ gefällt es gar nicht, daß wir die Haltung der Zentrumspreffe zu der Frage der Umlagerhöhung kritisieren. Wir bleiben aber dabei, daß bis jetzt nur die Zentrumspreffe diesen lächerlichen Spektakel gegen die geringe Umlage unterstützt hat. Daß auch Vertreter des Landwirtschaftsvereins die Opposition gegen die Umlagerhöhung mitmachen, ist richtig; allein die Zentrumsmanipulanten haben den Spektakel inszeniert, an ihrer Spitze die Herrn v. Stöckingen und v. Menzingen, zwei typische Vertreter der Zentrumsbauernpolitik. Daß das Zentrum mit den Bauernvereinen ebenio politische Geschäfte zu machen versucht, wie mit den christlichen Gewerkschaften, ist eine unbestreitbare Tatsache. Was das Wahlrecht der Landwirtschaftskammer betrifft, so raten wir dem „Bad. Beob.“, einmal die diesbezüglichen Verhandlungen auf dem Landtag 1909/04 zu studieren. Damals war es das Zentrum, das die Anträge der sozialdem. Fraktion abgelehnt hat.

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

42

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Nun, das war das Wichtigste, aber ich sah ein, daß es so nicht länger ging, und da kam mir denn die Hauslehrerstelle in Verlow, die mir zu der Zeit angeboten wurde, gerade recht. Vollkommen freie Station, ein sabelhaftes Gehalt — ich war überglücklich. Jetzt hatte ich beide Arme frei und konnte endlich einmal etwas für die Familie tun.

Ich dachte, Sie hätten das stets nach Kräften, oder über Ihre Kräfte getan, sagte Oswald.

Ach, Späß, sagte der andere; die Lust war groß, aber die Kraft gering, und jetzt war die Unterstützung nötiger, als je. Meine gute Mutter hatte schon lange gekränkelt, jetzt verfiel auch mein Vater in eine schwere Krankheit, die seine eiserne Natur so untergrub, daß er sich nie wieder ganz vollständig erhalle, so daß das Schlimmste zu befürchten stand. Dabei waren meine drei Schwestern noch unverheiratet. Welches Glück also, daß ich das prinzipale Einkommen von Zweihundert Taler Gold hatte! Ich gab die eine Hälfte meinen Brüdern —

Und die andere Hälfte meinen Schwestern, schaltete Oswald ein.

Und die andere Hälfte meinen Schwestern — fuhr Wemperlein fort und rieb sich vergnügt die Hände.

Aber was bezielten Sie denn für sich?

Für mich? erwiderte Wemperlein erstaunt. Sagte ich Ihnen nicht, daß ich vollkommen freie Station hatte? Und nun hören Sie nur! Ich war ein Jahr auf Verlow gewesen, da läßt mich eines Tages die gnädige Frau zu sich rufen, und nachdem wir über Dies und Jenes gesprochen sagte sie:

Sie sind nun ein Jahr bei uns, lieber Wemperlein, nun sagen Sie einmal aufrichtig, ob es Ihnen bei uns gefällt. — Das bedarf wohl keiner Frage, gnädige Frau, antwortete ich. — Nun, das freut mich, sagte sie, aber haben Sie nicht noch irgend einen speziellen Wunsch? — Das ich nicht wüßte, sagte ich. —

Aber Ihr Gehalt ist doch offenbar zu gering, sagte sie mit dem freundlichen Lächeln. Ich war so erstaunt über diese Worte, daß ich keine Antwort zu finden wußte.

Ich will Ihnen nur gestehen, fuhr sie mit himmlischer Güte fort, daß ich die Zeit, die Sie jetzt hier sind, nur als Probezeit angesehen und Ihren Gehalt darnach berechnet habe. Es ist mir niemals eingefallen, zu glauben, daß ein Mann, dem ich die Erziehung meines Kindes mit vollkommener Sicherheit anvertrauen kann, überhaupt mit Geld zu bezahlen sei; und wenn ich Sie jetzt bitte, mir zu erlauben, das geringe Gehalt, das Sie bis jetzt bezogen haben, zu verdoppeln, so bemerke ich dabei ausdrücklich, daß ich mich nach wie vor als Ihre Schülnerin fühle.

War ich vorher noch nicht erkannt gewesen, so war ich es jetzt; oder vielmehr ich war so gerührt — weniger durch das großmütige Geschenk selbst — als über die unbeschreibliche Liebenswürdigkeit, mit der es mir von der edlen Frau geboten wurde, daß mir die Tränen über die Waden liefen. Ich stammelte etwas von unmöglich annehmen können und dergleichen, da aber wurde sie ordentlich zornig, daß ich nur schnell einlenkte und sagte: ich nähme das Geschenk nicht für mich, was unverantwortlich wäre, sondern nur, weil ich für andere sorgen müßte, die für sich selber noch nicht sorgen könnten. — Machen Sie damit, was Sie wollen, sagte sie schon in der Tür, aber bedenken Sie auch, daß Sie gegen sich selbst Verpflichtungen haben. Damit war die Sache zu Ende, aber noch nicht Frau von Verlow's Güte, die grenzenlos ist. Doch ich wollte Ihnen eigentlich ganz etwas anderes erzählen; nämlich, wie ich dazu kam, den Fehler zu entdecken, der sich in die Rechnung meines Lebens eingeschlichen hat, und welches dieser Fehler ist.

Achtzehntes Kapitel.

In diesem Augenblicke kam ein Reiter, der vor einigen Minuten aus einem Seitenwege auf den Hauptweg gebogen war, im Galopp an ihnen vorüber. Ein großer Neufundländer, den Oswald guert für Melitta's Dogge hielt, galoppierte in langen Sprüngen neben dem Pferde her, einem herrlichen raben-

schwarzen Vollblut, dessen Brust mit weißen Schaumflocken besetzt war. Der Reiter, so weit man es in der Eile bemerken konnte, war ein Mann von vielleicht dreißig Jahren, lang und dünn, gegen die Gewohnheit der Gutbesitzer hier zu Lande in langer Weinkleidern statt der Stulpenstiefeln; seine Haltung zu Pferde durchaus die Haltung der Herren, welche man lateinische Reiter zu nennen pflegt. Aber es war das wohl mehr Nachlässigkeit und die Gewohnheit, sich geben zu lassen, als wirkliche Ungeschicklichkeit, denn, als er fast unmittelbar vor den ihm Entgegenkommenden war, die er, in Nachdenken oder Träumereien verloren, jetzt erst bemerkte, warf er seinen Reiter mit einer Kraft und Gewandtheit auf die Seite, die den tüchtigen Reiter bekundeten. Excusez, messieurs! rief er, flüchtig an den Gut greisend und weiter galoppierend.

Kennen Sie den Herrn? sagte Oswald stehen bleibend und dem Manne nachschauend, dessen Züge ihm fremd und bekannt zu gleicher Zeit erschienen waren.

Tiens! sagte Herr Wemperlein, ebenfalls stehen bleibend, das muß der Baron Oldenburg gewesen sein. Ja, gewiß ist's der Baron! rief er, als der Reiter jetzt bei den Knaben, die in der Entfernung von ein paar hundert Schritten folgten, angekommen, still hielt, und ihnen vom Pferde herab die Hand reichte. Ich hätte ihn kaum wieder erkannt mit seinem schwarzen Bart und seinem gelben Gesicht. Er sieht ja aus wie ein wahrer Kabbyle. Seit wann mag er denn wieder im Lande sein? Ist er auf Reisen gewesen? fragte Oswald mit angenehmer Gleichgültigkeit.

Er ist seit zehn Jahren eigentlich fortwährend auf Reisen, erwiderte Herr Wemperlein; vor drei Jahren trafen ihn Frau von Verlow und Herr von Barnewitz und dessen Gemahlin in Rom, und sie sind dann mit ihm durch Süd-Italien gereist. In Sizilien haben sie sich getrennt. Die Herrschaften traten die Rückkehr an, und der Baron ging weiter nach Neapel, Arabien, und Gott weiß, wohin ihn sein unruhiger Geist noch sonst getrieben haben mag. Aber wir sind schon wieder von unserm Thema abgekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Seite 2.

bringende Er... wenn man... fabrikplan... badische... Auf... täglich 20... Grund: um... legte die... Dagegen wird... und neue... denden Re... Eine... wenn... auf Kosten... gesehen ist.

zi der Tarifi... Jetzt haben... im nächsten... die beschleu... und wir, wenn... pro Kilo... So war's... unigen Ber... Zentrum und... auf den... nicht mehr... der Zweck

Monat des... Million Mark... wurden im... gegen... 1908 213 110... gleich... wun... aus... Januar 1908... wenn auch... erbar. Reie... mitgeteilt... Zugs... fionenverfehr... Wenn es... n Perso... werden, so... sehr starke... plan ist be... ja daraus... bestellt sein

er. Ich will nicht... daß wir... Umlage... daß bis... Spektakel... auch Ver... gegen... allein die... den Spe... Stösin... treter der... mit den... machen ver... eine un... Landwirt... ad. Beob... dem Land... das Zen... n. Fraktion

msfoden Be... bemerken... n, lang und... zu Lande in... Haltung zu... n lateinische... mehr Nach... als wirkliche... vor die ihm... oder Träu... Memner mit... n tüchtigen... chtig an den... en Meißend... und und be... en Meißend... gewiß ist's... ben, die in... gten, ange... die Hand... nem schmar... us wie ein... Lande sein?... t angenom...

auf Reifen... ihn Frau... mahlin in... en gereift... traten die... en, Arabien... h sonst ge... von unserm

Sehr entrüstet

Int der „Bad. Beobachter“, weil die sozialdem. Presse den Schwindel festgenagelt hat, den das Zentrum in Sachen der Nachlasssteuer mit den Klein- und Mittelbauern treibt. Daß das Zentrum für die Besteuerung des mobilen Kapitals ist, glauben wir ihm aufs Wort, Tatsache aber ist, daß es seinen Kampf gegen die Nachlasssteuer nur im Interesse des Großgrundbesitzes führt. Wenn der „Bad. Beobachter“ jetzt erklärt, die Nachlasssteuer treffe das mobile Kapital weniger als den Großgrundbesitz, weil das mobile Kapital leicht im Ausland angelegt werden kann, so verschweigt er die Tatsache, daß erstens nur ein geringer Teil des mobilen Kapitals ins Ausland wandern, der weitaus größte Teil aber im Inland bleiben muß, und zweitens, daß für den Grundbesitz eine ganze Reihe von Ausnahmen und Erleichterungen fixiert sind. Also nichts als faule Ausreden. Wenn der „Bad. Beobachter“ sodann darauf abhebt, daß das Zentrum für einen Zuschlag zur Vermögenssteuer eintritt, so braucht man nur das neue badische Vermögenssteuergesetz sich vergegenwärtigen, um zu wissen, worauf diese Pläne des Zentrums abzielen. Auch wir sind für eine Reichsvermögenssteuer, aber nicht für eine solche, die so skandalös ungerecht ist, wie die badische, die den Handwerker von 1000 Mk. ab zur Betriebskapitalsteuer heranzieht, die Landwirtschaft aber bis zu 25 000 Mk. von dieser Besteuerung des Betriebskapitals frei läßt.

Item, das Zentrum treibt bei der Frage der Reichsfinanzreform wieder sein bekanntes Doppelspiel, bei dem die Bauern und Arbeiter die Geppellen sein werden.

Kapitalisten-Christentum.

Aus Triberg schreibt man uns: Der hiesige protestantische Pfarrer Herr Görde gefiel sich in seiner Predigt am Sonntag, 7. d. M., in verstedter Sozialistendoterei zu machen. Namentlich hat es dem Herrn unsere Devise: „Freiheit, Gleichheit“ angetan. Er bemühte sich, zu beweisen, daß es Arme und Reiche geben müsse. Der Reiche soll Almosen geben, der Arme solche empfangen. Die Ungleichheit sei durch die Natur bedingt. Als Beweis diente der Lannenbaum und das Weiden usw.

Und da wundern sich die Herren noch, wenn die Arbeiterschaft dem heutigen Kirchenchristentum mit Mißtrauen begegnet, wenn deren Vertreter so offen sich als Kapitalistische Sachverwalter gerieren. Herr Görde soll erst den Sozialismus studieren, bevor er darüber redet.

Die Demokraten haben in Mastatt den Rechtsanwält Vogel als Landtagskandidat aufgestellt.

Sinsheim. In einer vorgestern abgehaltenen liberalen Versammlung wurde der feithrige Landtagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Bürgermeister Neuwirth in Redarbischofsheim, wiederum als Landtagskandidat aufgestellt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Febr.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2,10 Uhr.

Am Bundesratstisch Staatssekretär Dr. v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf die öffentlichen Rechte.

Ein sozialdemokratischer Antrag will die Wirkung dieses Gesetzes nicht nur auf die Reichsgesetze beschränken, sondern auf die Landesgesetze ausdehnen. Daneben verlangt er, daß derartige Unterstützungen ohne Einfluß auf die öffentlichen Rechte bleiben, wenn sie zur Aufhebung einer wirtschaftlich vorübergehenden Notlage gewährt worden sind.

Abg. Siebenbürger (kons.): Der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf genügt vollkommen. Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab.

Abg. Brühne (Soz.):

Ich will nicht bestreiten, daß das Gesetz einen großen Fortschritt bedeuten wird; aber ich meine, daß man gleich noch einen Schritt weiter gehen könne. Es ist unbedingt nötig, daß ein

Cheater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

In der heute Donnerstag den 18. Februar unter Zugrundelegung der Originalpartitur stattfindenden Neueinstudierung des „Cib“ von Cornelius wird Frau Rode-Heindl vom Hoftheater in Dessau die weibliche Hauptpartie der „Chimene“ singen, da Frau Hofmann-Wieseleff inmitten der unter Leitung des Opernregisseurs der Mannheimer Hofoper, Herrn Eugen Gebrach schon weit vorgeschrittenen Vorbereitungen von einem hartnäckigen, auch heute noch nicht gehobenen Augenleiden befallen wurde. Auf die zahlreichen Anfragen wird bekannt gegeben, daß nach Lage des Spielplans nur die eine auf Sonntag nachmittags 2 Uhr angekündigte Aufführung der Kindervorstellung — „Mag und Moriz“ und „Die Puppenfee“ — ermöglicht werden kann. — Das am Montag, den 22. Februar stattfindende Gastspiel der Straßburger Dialektbühne, das sich bei seiner alljährlichen Wiederkehr wegen der kräftigen Karikaturen und der Situationskomik der dargebotenen Stücke immer größerer Beliebtheit erfreut, bringt diesmal das bekannte Lustspiel „Dr Herr Maire“ seines derzeitigen Direktors Gustav Stoschopf; die unverwundliche komische Wirkung seiner bei den früheren Gastspielen des Elßfischen Theaters gebotenen Stücke ist auch dem Erstlingswerk des Dichters, dem „Herr Maire“, zu eigen, so daß es auch heute noch nach elfjähriger Bestehen des Elßfischen Theaters ein stehendes Repertoirestück bildet.

Donnerstag, 18. Febr.: C. 39. Neu einstudiert: „Der Cib“, bayerisches Drama in 3 Akten, Dichtung und Musik von Peter Cornelius. Anfang 7 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr.

Freitag, 19. Febr.: B. 40. „Waffenräuber“, eine amerikanische Komödie in 3 Akten von Köhler und Heller. Anfang 7 Uhr, Ende 1/9 Uhr.

Sonntag, 20. Febr.: A. 41. „Torquato Tasso“, Schauspiel in 5 Akten von Goethe. Anfang 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr.

einheitlicheres Recht für alle Bundesstaaten geschaffen wird. Zwar haben Bayern und Sachsen auch erklärt, daß sie dieses Gesetz für ihre Staaten annehmen würden. Aber das bietet keine Gewähr, daß dasselbe auch andere Bundesstaaten tun. Es ist wohl nicht zu befürchten, daß das ganze Gesetz scheitern sollte, wenn unser Antrag angenommen werden würde. Die Begrenzung einer Notlage nach ihrem „augenblicklichen Charakter“ halten wir für zu eng begrenzt. Unser Antrag geht dem gegenüber nicht zu weit.

Unterstaatssekretär Wermuth bittet um Ablehnung aller Anträge. Es geht nicht an, bei dieser Gelegenheit einen Beschluß zu fassen, der in das Staatsrecht, das Kommunalrecht, das Armen- und das Wahlrecht der Bundesstaaten aufs tiefste eingreift. Das Gesetz stellt eine wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes dar.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.): Den Tendenzen des Gesetzes stimmen wir bereits in erster Lesung zu. Der Resolution der Kommission, welche verlangt, daß das Gesetz auch in den einzelnen Bundesstaaten zur Geltung gelange, können wir aus staatsrechtlichen Gründen nicht zustimmen. Auch lehnen wir den ersten Teil des sozialdemokratischen Antrags ab.

Abg. Everling (natl.): Wir sind für die Resolution und wünschen möglichst Einheitlichkeit im ganzen Reich.

Abg. Westarv (kons.): Ich bitte, es bei der Fassung der Kommission zu belassen und die Anträge abzulehnen.

Abg. Dove (frei. Ver.): Auch ich halte die Kommissionsfassung für genauer und hoffe, daß auch die Resolution angenommen wird.

Unterstaatssekretär Wermuth: Zweifellos hätte die Durchführung der Resolution zahlreiche Änderungen in den einzelnen Landes- und verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Folge.

Darauf wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und der Gesetzesentwurf mit der Resolution angenommen.

Der Gesetzesentwurf betreffend die Doppelbesteuerung wurde auf Antrag des Abg. Wasser mann (natl.) an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung der Bankgesetznovelle.

Staatssekretär Dr. v. Bethmann-Hollweg: Die Banknovelle, auf der dieser Entwurf beruht, erörtert alle Mängel, die bei der nationalen Wirtschaftskrise 1907 in die Erscheinung getreten sind. Die Untersuchungen über die Frage des Depositionslos sind aber von der Enquetekommission noch nicht abgeschlossen worden. Die Grundlage unseres Geld- und Banksystems bleibt unangefastet. Es handelt sich also darum, das heutige System nur weiter auszubauen entsprechend den gesteigerten Anforderungen des wirtschaftlichen Lebens. Für die kritischen Zeiten, die unerwartet über die Reichsbank kommen können, muß vorgesorgt werden. Der Entwurf sieht in erster Linie die Vermehrung der eigenen Mittel der Reichsbank vor, wozu der durch die Banknovelle geschaffene Reservefond in Anspruch genommen werden soll. So wird der Geldmarkt nicht neu belastet und eine Verzinsung ist unnötig. Die Anteilseigner behalten die Vordividende von 3 1/2 Prozent. Durch die Auffüllung des Reservefonds wird der Kurs der Anteilsscheine gesteigert. Die Aktionkraft der Reichsbank wird durch dieses Gesetz gestärkt. Die Zahl der steuerfreien Noten wird erhöht. Die Reichsbanknoten sollen ferner den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels erhalten, wodurch ein Gewohnheitsrecht sanktioniert wird. Hierbei bleibt die Reichsbank nach wie vor verpflichtet, jederzeit die Reichsbanknoten in Goldmünzen umzutauschen.

Abg. Kretsch (kons.): In dem Entwurf ist erforderlich, daß die Reichsbank sich nunmehr bei Anlagen auch aktiv beteiligen wird. Offenlich wird durch die Stärkung des Grundkapitals der Reichsbank ihre Verstaatlichung angebahnt. Ich bitte um Verweigerung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Beck (Zentr.): Eine Verstärkung der Reichsbank ist erwünscht. Es fragt sich aber, ob der vorgeschlagene Weg der richtige ist. Die Kommission muß erwägen, ob nicht auch den Notenbanken eine Erhöhung des steuerfreien Kontingents zugestimmt werden kann. Ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen einer Anregung auf Beseitigung aller privaten Notenbanken nicht entsprechen werden. Dadurch würden die Interessen des gewerblichen Mittelstandes Süddeutschlands berührt werden. Die Noten der Privatnotenbanken sollen an allen Reichsbankstellen umgetauscht werden. Auch sollten sie an allen öffentlichen Kassen angenommen werden können.

Abg. Dr. Krenzl (Sp.): Die Verstaatlichung der Reichsbank habe keine prinzipielle Bedeutung, weil sie doch einmal Staatsbank sei. Das beteiligte Privatkapital habe keinen Einfluß auf die Betriebsführung. Es handle sich hier um eine finanzielle Frage. Namentlich angesichts der jetzigen Finanzlage. Das Reich müsse eher in seinem Verhältnis zur Reichsbank gefördert werden und die nicht sehr schwachen Schultern der Reichsbankteilhaber brauchen nicht geschüttelt zu werden. Die Reservefonds schädigen die Reichsfinanzen. Die Notensteuer sei eine unglückliche Nachahmung einer englischen Einrichtung, die aber getroffen werden sollte. Die kleinen Banknoten sollten bald ausgetauscht werden. Der neue Kaler, obgleich zu begrüßen, sei ebenso wenig schön wie der Zehnmarktschein. Die Reichsbank sollte auf Rechnung des Reiches übernommen werden. Damit werden die Finanzen des Reiches besser gewahrt und schwere Schädigungen, wie sie in den letzten Jahren vorgekommen seien, würden vermieden.

Abg. Dr. Weber (natl.): Offenlich könne man tatsächlich die hohen Diskontsätze verhindern. Eine Kapitalerhöhung der Reichsbank ist angesichts des vorhandenen Reservefonds nicht am Platz. Der Vorschlag, die 32 Millionen des Reservefonds für die Reichsfinanzen zu verwenden, wird wenig Anlang finden. Die Vorlage könne verbessert werden. Die Organisation der Reichsbankkapitals bedarf der Änderungen. Die Umlauffähigkeit der Privatbanken sollte erweitert werden. Die Anteilseigner der Reichsbank sollte man nicht weiter schmälern; uns liegt daran, daß die Anteilsscheine in den Händen solider Kapitalisten bleiben und nicht etwa zum Schaden für die Reichsbank ins Ausland gehen.

Damit wird gegen 6 Uhr die Weiterberatung auf morgen 2 Uhr vertagt.

Kommunalpolitik.

Die Arbeitslosen und die Kommunen. In Nürnberg lehnte das Gemeindefollegium mit 26 gegen 25 Stimmen einen vom Magistrat gutgeheißenen Kredit von 15 000 Mk. ab, woraus diejenigen Arbeitslosen, welche die von der Stadt zugewiesenen Notstandsarbeiten zu leisten unfähig sind, wöchentliche

unterstützungen von 3 Mk. für Verheiratete und 2 Mk. für Unverheiratete erhalten sollten. — In Lübeck bewilligte der Bürgerausschuß 6000 Mk., sowie umfangreiche Notstandsarbeiten. Ein Komitee von Bürgerchaftsmitgliedern leitete eine Hilfsaktion ein. — Der Große Rat des Kantons Bern genehmigte den Bericht des Regierungsrates über die getroffenen Maßnahmen behufs Milderung der Not der Arbeitslosen der jurassischen Uhrenindustrie und beauftragte die Regierung ferner, zu prüfen, ob für die direkte Unterstützung 50 000 Franken Staatsbeitrag geleistet werden sollen unter der Bedingung, daß die Gemeinden ebensoviel leisten.

Die Kreditüberschreitungen in Mannheim. Die „Volksstimme“ teilt bekanntlich Einzelheiten über die Kreditüberschreitungen in einzelnen städtischen Ressorts mit, welche Mittelungen auch von uns übernommen wurden. Die bürgerliche Presse aller Parteischattierungen bestritt die Richtigkeit der Angaben der „Volksstimme“. In der am Freitag stattgefundenen Sitzung der vom Bürgerausschuß niedergesetzten Kommission zur Prüfung der Kreditüberschreitungen wurde aber konstatiert, daß die Veröffentlichung der „Volksstimme“ durchaus den Tatsachen entsprach. Mit der Anschuldigung, daß sei sozialdemokratische Uebertreibung, war's also nichts!

Die Arbeitslosenfrage in Dresden. Die sozialdem. Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat an das Stadtparlament einen Antrag eingebracht, in dem ersucht wird, Arbeiten in größerem Umfange als bisher zur Linderung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen, ferner allen Schulkindern beschäftigungsloser Arbeiter ein warmes Mittagessen zu verabreichen und denselben Arbeitslosen, die eine Beschäftigung nicht erlangen können, eine Barunterstützung zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung angerechnet werden darf, hierzu aber den Betrag von 30 000 Mk. bereitzustellen und weiter die Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu erwägen.

Der Antrag wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

Die Wertzuwachssteuer ist jetzt auch in Rottbus eingeführt worden. Sie sieht in der Besteuerung keinen Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken vor, sondern erhebt gleichmäßig bei einer Wertsteigerung bis zu 10 Proz. auch 10 Proz. Steuer, bei einer Wertsteigerung von 10—20 Proz. wieder 1 Proz. Steuer mehr, also 11 Proz. und so fort, bis bei einer Wertsteigerung von 150 Proz. und mehr die Höchstgrenze von 25 Proz. Steuer erreicht ist. Die Steuerfäße kommen bei unbebauten Grundstücken stets ganz zur Erhebung, bei bebauten aber nur dann, wenn zwischen dem Tage des letzten Erwerbes und dem des neuerlichen Verkaufes weniger als zehn Jahre liegen; ist dieser Zeitraum überschritten, so werden von der Steuer — bei einer Eigentumsdauer von je einem Jahre mehr — auch je 1 Proz. in Abzug gebracht und das bis zu 25 Proz. Als letzte Erwerbzeit, die zur Berechnung der Steuern notwendig ist, gilt der 1. April 1895. — Auch in Forst i. V. sollte die Wertzuwachssteuer eingeführt werden, wurde aber abgelehnt.

Gaggenau, 17. Febr. Bürgerausschussung vom 15. Febr. Die Tagesordnung war: Beratung und Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1909. Nach der vom Rechnungssteller, Herrn Ratschreiber Karcher, vorgelegenen Rechnung betragen: a) die Gesamteinnahmen 39 889 Mk., b) die Gesamtausgaben 78 609 Mk., mithin der ungedeckte Aufwand 38 720 Mk., welcher durch Umlage aufzubringen ist. Der Umlagefuß wird auf 22 Pf. festgesetzt, während er im Vorjahre 23 Pf. betrug. Der Voranschlag wurde einstimmig genehmigt.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf einen Uebelstand hinweisen, der angeführt zu werden verdient. Eine tiefe Interesslosigkeit beherrscht meistens die Sitzungen, um so mehr wird die Kritik von einem Teil der Mitglieder hinter dem Rücken geübt, statt am richtigen Platz die Ansicht auszusprechen. Teilweise mag der Uebelstand darin zu suchen sein, daß der Voranschlag nur in der Zeit zur Einsicht aufliegt, wo die meisten Mitglieder an der Arbeit stehen; so bleibt der Voranschlag für die meisten ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch. Dies wurde von einem unserer Mitglieder gerügt und der Wunsch ausgesprochen, den Voranschlag künftig gedruckt den Mitgliedern in die Hand zu geben, um so einen besseren Einblick zu gewinnen. Auch wurde vom Herrn Bürgermeister verpropfen, dem unhaltbaren Zustand bei der Wadanstalt dadurch abzulösen, daß die Gemeinde selbst zum Bau der genehmigten Wadanstalt schreiten will.

Böhrenbach (Schwarzw.), 17. Febr. Hier haben die erst kürzlich gewählten Gemeinderäte die Wahl nicht angenommen. Es muß deshalb nochmals gewählt werden.

Zur Schöpfheimer Bürgermeister-Affäre. Vergangenen Samstag wurde unser gewesener Bürgermeister M., welcher sich seit drei Wochen im Schöpfheimer Amtsgefängnis in Untersuchungshaft befand, nach Waldshut überführt; vom dortigen Landgericht wurde die eingeleitete Untersuchung weitergeführt. Die Ueberführung geschah möglichst rücksichtslos, abends 8 Uhr, auf ziemlich weitläufigen Umwegen um das ganze Städtchen herum, begleitet vom Gefängniswärter und einem Genarmerienwachmeister in Zivil, gings nach dem 3/4 Stunden entfernten Bahnhof Fahrnau-Tunnel, um von dort aus unbelästigt die nächtliche Reise nach Waldshut fortzusetzen.

Geräuschlos, auf einer Fußwanderung vom Feldberg her, das liebliche Wiesental durchziehend, ist M. im Juni 1907, mit ungezählten guten Vorsähen beladen, in unser Städtchen eingezogen; zu einer Zeit, wo die Natur in voller Pracht sich zeigte und die Hoffnungen der Menschen sich aufs höchste steigern. Nach kaum 1 1/2 Jahren, in der Zeit, wo die Mutter Erde in Eis und Schnee erstarrt, zieht derselbe Mann, der sich des entgegengebrachten Vertrauens als unwürdig zeigte, wiederum zu Fuß, diesmal auf Umwegen in Begleitung der Staatsgewalt, noch geräuschlos wieder von dannen.

Von der bisher geführten Untersuchung ist bis jetzt nichts von Bedeutung in die Öffentlichkeit gedrungen. Festgestellt aber ist, daß M. schon bei Uebernahme des anvertrauten Postens vollständig undurchsichtig war und seinen Verpflichtungen völlig gleichgültig gegenüberstand. Als unverantwortlich muß es aber angesehen werden, wenn ein Mann, der sich so hoch über jede unmoralische Handlung stellte, nicht einmal sein Dienstmädchen bezahlte. M. ist noch lebzig und schuldet seinem Dienstmädchen für volle 14 Monate den Lohn; außerdem wendet dieses Mädchen noch eigenes Geld in Bürgermeisterhaushaltung auf und fordert nun rund 700 Mk. von dem so stolzen Dienstherrn. Eine Anzahl Handwerker und Lieferanten warten vergeblich auf Bezahlung für ihre Leistungen. Während seiner früheren Tätigkeit als Rechtsanwält bezweifte M. in

Freiburg 60 000 M. Kapital, um den verfallenden Kredit zu geben.

Mit großer Bestimmtheit wird behauptet, daß ein höherer Beamter, der den Schlenkrian des Raier wohl kannte, vor seinem Weggange nach Schopfheim ihm das Ehrenwort als Offizier abnahm, daß er sich in seinem neuen Wirkungskreise bessern werde; aber es blieb nur bei den gefassten guten Vorsätzen. In allen begangenen Handlungen zeigt sich eine gewisse Ueberlegung und Vorbereitung und allgemein ist man auf den Ausgang der etwas heißen Angelegenheit gespannt.

Aus der Partei.

Sum Offenburger Parteitag. Der Wahlverein „Vorwärts“ in Offenburg stimmte in seiner Versammlung vom letzten Samstag dem Antrag Kehl zu, welcher fordert, daß zum Landtagsreferat des Gen. Kolb ein Korreferat aus dem nicht-revisionistischen Lager bestellt wird. So zu lesen im Berliner „Vorwärts“, nicht etwa im Offenburger „Volkssblatt“.

Schade, daß die Kehler Genossen nicht früher schon auf die Gefahr aufmerksam wurden, die aus einem „revisionistischen“ Bericht über die Tätigkeit der Fraktion für die Partei erwachsen kann. Jetzt kommt der Antrag zu spät, denn bereits liegt ein gedruckter „revisionistischer“ Fraktionsbericht vor, der, wenn kein Gegengift verabfolgt wird, unter Umständen fürchterliches Unheil anrichten kann.

Doch Spatz beiseite. Ein solcher Fanatismus, wie er in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, ist für unsere Partei eine Blamage. Hier spielt der sachliche Gegensatz keine Rolle mehr, ein solcher Antrag kann nur von fanatischem persönlichem Haß diktiert sein. Wenn das die Resultate der „theoretischen“ Erziehungsarbeit des Offenburger „Volkssblattes“ sind, dann ist es höchste Zeit, dieser Erziehungsmethode einen festen Niegel vorzusetzen.

Aue, 14. Febr. Arbeiterturnerbund, 10. Kreis, 3. Bezirk. Auf dem letzten Bezirksturntag wurde beschlossen, dieses Jahr ein Bezirksturnfest in Aue abzuhalten und wurde von dem dazu berufenen Fest- und Bezirksausschuß der 27. und 28. Juni dieses Jahres bestimmt. Die Bezirksvereine werden gebeten, davon Notiz zu nehmen, um sich darauf vorzubereiten. Die Beauftragten haben sich zur Aufgabe gemacht, den Festteilnehmern die Stunden so angenehm wie möglich zu machen, sie bedürfen dazu der Unterstützung sämtlicher Bezirksvereine in dem Sinn, daß die Adressen der Vorstände sobald als möglich in unseren Händen sind.

Mit dem 1. März sollen sämtliche Fragebogen verschickt sein und müssen die Adressen der betreffenden Vereinsvorstände bis dahin an Turngenosse Ludwig Ullmer, Aue Waldhornstraße 38, gerichtet sein. Alles Nähere durch die spezielle Einladung.

Dietschhausen, 15. Febr. Gestern Sonntag Nachmittag 3 Uhr sprach in gut besetztem Lokale der Wirtschaft zum „Adler“ Genosse Georg Leppert-Etlingen über die Tätigkeit des Landtages. Die zutreffenden Ausführungen des Redners lösten reichen Beifall aus. Diskussion wurde nicht gewünscht und wurde dann die Versammlung mit einem Hinweis auf die Lage im Reich durch Genosse Schneider geschlossen.

Konstanz i. N., 17. Febr. Die Generalversammlung des sozialdem. Vereins vom 6. ds. Mts. war infolge geschäftlicher Verbindungen der meisten Parteigenossen nur schwach besucht. Es wurde daher von einer Neuwahl des Gesamtvorstandes Abstand genommen. Eingehend beraten wurde die Oberländer Pressefrage und waren die Meinungen darüber geteilt, so daß es zu keinem definitiven Beschluß kommen konnte. Beschlüssen wurde noch, den Titel „sozialdem. Leseverein“ in „sozialdem. Wahlverein“ umzuändern.

13. Landtagswahlbezirk Schopfheim-Schnau. Vergangenen Samstag, Sonntag und Montag sprachen die Genossen Engler-Freiburg und Müller-Schopfheim gemeinsam über das Thema: „Die politische Lage im Reich und in Baden“ in Gallnef, Tegernau, Wies, Raich und Gressgen, in gut besetzten, zum Teil überfüllten Versammlungen. Die Ausführungen wurden überall mit Beifall aufgenommen. Diskussion hatten wir in Gallnef und Raich, allerdings mehr in zustimmender, als ablehnender Form.

Überall zeigte sich, daß die Zurückhaltung den Sozialdemokraten gegenüber stellenweise ziemlich hart im Abklauen beruht ist und auch die Landwirte und Handwerker auf dem Lande uns immer mehr und mehr Vertrauen entgegenbringen.

Nadolszell, 14. Febr. Die am 14. ds. Mts. hier tagende Konferenz des 1. badischen Wahlkreises war von 21 Delegierten aus folgenden Orten vertreten: Konstanz, Singen, Ueberlingen, Stodach, Pfaffenlocher, Nadolszell; nicht vertreten war Wehrkirch und Bollershausen. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß die schlechte Konjunktur des vorigen Jahres stark auf die Entwicklung der Partei eingewirkt hat. Eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder konnte leider nicht konstatiert werden, trotz reger Tätigkeit des Kreisvorstandes. Aus demselben Grunde konnte auch kein günstiger Massenbericht erstattet werden.

Als Vortragsredner wurde Nadolszell wieder gewählt, als Kreisvorsitzender einstimmig der Genosse Melber. Eine längere Debatte rief der Punkt „Pressefrage des Oberlandes“ hervor. Nach einem kurzen Referat des Genossen Koan-Singen, welcher sich auf den Standpunkt stellte, daß ein Kopplatt für das Oberland zweifellos sei, wurde mit 11 gegen 9 Stimmen beschlossen, Einwendungen gegen die Errichtung eines Kopplattes nicht zu machen.

Im Punkt Agitation erläuterte Genosse Melber die gegenwärtige politische Situation des Wahlkreises und ermahnte, bei dem bevorstehenden Wahlkampfe zum Landtag und zur Bürgerauswahl eine rege lebhafte Tätigkeit zu entfalten. Es sei nicht zu vergessen, daß die sozialdem. Partei die Aufgabe habe, in allen öffentlichen Angelegenheiten die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Nach der Wahl des Kassiers und Schriftführers werden die Adressen derselben bekannt gegeben.

Genossenschaftsbewegung.

Aus der Pfalz, 17. Febr. Eine Fleischervereinigungsgenossenschaft, die erste in der Pfalz, wurde kürzlich im Dorfe Wöhl gegründet. Hauptsächlich findet dieses Beispiel auch in Baden Nachahmung.

Willingen, 18. Febr. Der Konsumverein befindet sich zurzeit in einer Krise, die die leitenden Personen verschuldet haben.

Die außerordentliche Generalversammlung, welche sich am Sonntag, den 14. ds. Mts., damit beschäftigte, verlief recht lebhaft. Verbandsreferent Arnolds aus Stuttgart gab einen ausführlichen Bericht über die derzeitige Lage. Er führte u. a. aus, daß die Vermögensverhältnisse des Vereins bis 1907 günstige waren. Für genanntes Jahr wurde nun der Reingewinn mit 8329,81 M. zu hoch berechnet. Dies rührt daher, daß vom Bäderkonto am Jahreschlusse der Ueberchuß fälschlich auf die Hauptkasse übertragen wurde. Auch die Liegenschaften wurden 1907 in der Bilanz unrichtig, das Saldo zu niedrig angegeben. Die Unkosten seien rapid gestiegen und andererseits der Umsatz zurückgegangen. Herr Arnolds glaubt, daß bei treuem Festhalten am Verein die Krise überwunden werden könnte. Die Folgen der maßlosen Geze und der Ausschluß einiger unbehagener Mitglieder machen sich unliebsam bemerkbar. Die Mitglieder sehen nun, daß man damals auf der Generalversammlung nicht umsonst so gewaltig mit dem roten Lappen geschwungen hat. Man wollte die Aufmerksamkeit von den inneren unheilbaren Zuständen ablenken und die Mehrzahl der damaligen Generalversammlungsmitglieder ist auf dieses Mäander leider hereingefallen. Sie müssen nun erfahren, daß sie irreführt wurden.

Gewerkschaftliches.

Eufzfeld, 12. Febr. Eine Maßregelung, wie sie in jetziger Zeit gar zu häufig vorkommen, haben wir in hiesigem Orte zu verzeichnen. Die Steinhauerfirma Himmelsbach u. Cie. in Baden-Baden hat hier ein Filialgeschäft. Die einheimischen Steinhauer haben so die Möglichkeit, ihr Brot am Ort zu verdienen. Nun scheint aber, daß es nicht gern gesehen wird, wenn die Steinhauer sich organisieren oder gar von ihren politischen Rechten Gebrauch machen. In dem Betrieb war der Gemeinderat Maier seit 1 1/2 Jahren beschäftigt. Vor einigen Wochen wurde nun bekannt, daß er wegen seiner politischen Tätigkeit entlassen werden sollte. Derselbe wandte sich dieserhalb brieflich an den Firmeninhaber in Baden-Baden, um zu erfahren, ob diese Entlassung den Tatsachen entspreche. Herr Himmelsbach bezeugte in einem Antwortschreiben diese Behauptung als „Klatsch“. Wegen der Zugehörigkeit zum Verband würde niemand entlassen, insbesondere dann nicht, wenn ein organisierter Arbeiter mithilfe, durch gute Arbeit die Entwicklung des Betriebes zu fördern. Verträglichkeit, kameradschaftlicher Sinn und andere schöne Eigenschaften sollten die Arbeiter an den Tag legen, dann würden auch die Geschäftsinhaber für ein „sicheres und ausreichendes Brot“ sorgen. Dieser schöne Brief wurde am 22. Januar l. Js. ausgefertigt, am 30. desselben Monats aber hatte derselbe Steinhauer, dem man den Brief geschrieben, bereits seine schriftliche Entlassung in den Händen. Im Auftrag des Meisters Himmelsbach, hieß es, sei die Entlassung erfolgt. Wie sich das zusammenreimt, das vermögen wir nicht zu erklären. Der Entlassene ist sich keines Vergehens bewußt, er hat alle ihm übertragenen Arbeiten gewissenhaft ausgeführt.

Es wird zwar seitens des Filialgeschäftsinhabers angegeben, Maier habe sich geweigert, Steinbrucharbeiten auszuführen. Diese Angabe ist aber nicht richtig; wann und wie sich die Arbeitsverweigerung zugetragen haben soll, wird noch nicht einmal bestimmt angegeben, so daß nur die Annahme übrig bleibt zu glauben, daß der angegebene Grund ein vorgegebener ist. Man weiß, daß zurzeit Arbeitslosigkeit nur schlecht aufzutreiben ist und man hält dieserhalb die Zeit für günstig, den leitenden Personen der Arbeiterbewegung das Leben sauer zu machen, um ihnen das Eintreten für die Arbeiterinteressen in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung zu vereiteln. Doch darin werden sich die Unternehmer täuschen. Die Arbeiter werden aus solchen Vorgängen die Lehre ziehen, daß sie nun noch fester zusammenstehen müssen, um der Unternehmertätigkeit ein Paroli zu bieten. So wie die wirtschaftlichen Verhältnisse zurzeit liegen, sind sie äußerst frolos und es wird lange Zeit dauern, bis der den Arbeitern entfallene Schaden wieder ausgeglichen ist. Die Unternehmer tragen deshalb mit ihrem rücksichtslosen Draufgehen nur noch mehr zur Bitterkeit der Arbeiter bei. Bei den nächsten Landtagswahlen werden sich die Folgen dieser Wirtschaftsordnung zeigen, denn die Arbeiter müßten ja Trottel sein, wollten sie aus diesen Vorgängen nicht lernen. Die politische und gewerkschaftliche Organisation werden beide nur noch fester gefügt, gleichviel, ob's den Unternehmern gefällt oder nicht.

Badische Chronik.

Durlach.

In der Badischen Maschinenfabrik Durlach vormals Sebald u. Steff waltet seit zwei Jahren der Meister Wilhelm Walther seines Amtes, der schon wiederholt die öffentliche Kritik herausforderte. In jeder Versammlung der Arbeiter wurde darauf hingewiesen, daß dieser Herr vor keiner Beleidigung der Arbeiter gegenüber zurückschreckt. Daraufhin hat die Direktion zur Beruhigung der aufgebrachtten Arbeiter dem Meister Walther einen Verweis erteilt. Das scheint dieser indessen nicht besonders ernst genommen zu haben, denn er fuhr fort, noch brutaler aufzutreten als zuvor. So hat er kürzlich wieder einen älteren Arbeiter, der schon jahrelang im Betriebe tätig ist, „Faulenzer“ tituliert und denselben später in Anwesenheit des Betriebsleiters Sondheimer, als der Arbeiter sich dagegen aufstellte, noch mit der Flacke ins Gesicht geschlagen. Da die Direktion gerade abwesend war, wurde der Arbeiter vorläufig entlassen.

Die gesamte Arbeiterschaft dieser Fabrik erwartet nun, daß das dem Arbeiter zugesagte Innehalten wieder gut gemacht und Herr Walther in die Schranken gewiesen wird. Unerklärlicherweise jedoch trat das Gegenteil ein. Die Direktion stellte sich auf die Seite des Meisters und der Arbeiter bekam zu seiner Mißhandlung noch die Entlassung. Damit unterstützt die Firma also wesentlich derartige Mißhandlungen ihrer Meister und erklärt sich mit denselben einverstanden. Sie darf sich aber dann nicht wundern, wenn eines schönen Tages die drangalierten Arbeiter den Spieß umdrehen. Denn auch die Arbeiter sind Menschen und haben nicht Lust, sich von brutalen Sklavendrüsen des Unternehmertums auch noch verprügeln zu lassen.

Eine große Versammlung hat zu diesen Vorgängen Stellung genommen und gegen diese schimpfliche Behandlung der Arbeiter protestiert. Eine entsprechende Resolution wurde der Direktion zur Kenntnis gebracht. Es ist nun ihre Sache, die ihr geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die Geduld der Arbeiter ist zu Ende.

Bruchsal.

Der Arbeitergesangsverein „Harmonie“ veranstaltet am Samstag Abend im „Prinz Reg“ ein Fastnachtsvergnügen. Theater, humoristische und Gesangsvorträge, sowie turnerische Aufführungen werden dem Tange vorausgehen. Nichtmitgliedern ist der Zutritt gegen Lösung einer Karte zu 20 Pf. gestattet. Die Darbietungen des Vereins, der sich der Partei und den Gewerkschaften jederzeit zur Verfügung stellt, haben stets Anklang gefunden, so daß auch am Samstag Gediegenes zu erwarten ist. Deshalb auf in den „Prinz Reg“!

Ettlingen.

Auf die Fastnachtsveranstaltung der vereinigten Arbeitervereine, welche am nächsten Samstag Abend 8 Uhr in der städt. Festhalle stattfindet, wollen wir die Arbeiterschaft nochmals aufmerksam machen. Das Programm ist auch für die „Nichtanwesenden“ ein unterhaltenes und der Besuch empfehlenswert. Für gute Getränke und Speisen zu normalen Wirtschaftspreisen ist Sorge getragen und sind dadurch keine großen Forderungen an den Geldbeutel der Teilnehmer gestellt.

Eintrittskarten, welche im Vorverkauf in den Wirtschaften Traut, „Sternen“, „Blume“, „Löwen“, bei Freireut Hils und in den Zigarrengeschäften Dilger und Rees zu 50 Pf. zu haben sind, kosten an der Abendkasse 1 M.; es empfiehlt sich, dieselben jetzt schon im Vorverkauf zu dem billigeren Preis sich zu verschaffen. Mitglieder der beteiligten Vereine beziehen ihre Karten durch ihren Vereinsvorstand.

Freiburg.

Stadttheater. Mittwoch, 17. Febr. Zum zweitenmale: „Maurerzug“. — Donnerstag, 18. Febr. Zum erstenmale: „Madame Butterfly“ (Die kleine Frau Schmetterling), Oper in 3 Akten von G. Puccini. — Freitag, 19. Febr.: „Carmen“. — Samstag, 20. Febr., nachmittags 5 Uhr: Kinderdarstellung, „Schneewittchen und die sieben Zwerge“. — Sonntag, 21. Febr.: „Robert und Bertram“ oder „Die lustigen Vagabunden“. Anfang halb 8 Uhr. — Montag, 22. Febr., nachmittags 5 Uhr: Kinderdarstellung, „Schneewittchen“. — Dienstag, 23. Febr., nachmittags 8 Uhr: Kinderdarstellung, „Schneewittchen“. Abends 7 Uhr: Bei aufgehobenem Abonnement und gewöhnlichen Preisen: „Die Fiedermaus“.

Unfall. Ein in der Eisenbahnwerkstätte beschäftigter Schlosser aus Bringen kam gestern Nachmittag, als er auf dem Hauptbahnhof in einen Zug einsteigen wollte, infolge Ausgleitens so Fall, zog sich einen Unterschenkelbruch zu und mußte in die chirurgische Klinik aufgenommen werden.

Worzhelm, 17. Febr. Erfroren. In der Nähe der Station Brödingen fanden heute einige Schulknaben beim Schlittschuhlaufen den entseelten Leib des Strahenwärters Sam. Vollmer von hier in einem Wassergraben liegend. Vollmer fuhr gestern Nachmittag mit dem Zug von Neuenbürg hierher, kam nicht rechtzeitig zum Aussteigen und mußte wohl oder übel nach Brödingen weiterfahren. Statt auf der Landstraße, ging Vollmer durchs Bienenfeld hierher, fiel wahrscheinlich in den Wassergraben und fand dabei den Tod durch Erfrieren. Heute hätte Vollmer seinen 60. Geburtstag feiern können.

Ueberraschung. 17. Febr. Hier wurde ein Mann wegen Hehlerei verhaftet. Er soll von seinem Bruder in Mannheim Waren erhalten haben, die aus Diebstählen stammen. Sein Bruder ist bereits vor einigen Tagen mit anderen verhaftet worden. Die Sache scheint mit der großen Mannheimer Diebstahl- und Hehlereifrage zusammenzuhängen.

Untsch (Kingsglat), 17. Febr. Der bisherige Fortbildungsschulunterricht für Mädchen wird durch eine Kochschule ersetzt.

Triberg, 17. Febr. Ein kostümierter Kodelkorso mit Preisverteilung findet am Fastnachts-Sonntag hier statt. Mit dieser Veranstaltung: ein „internationaler Sportkongreß in Triberg“ sollen die früheren Veranstaltungen übertroffen werden.

Vom Schwarzwald, 17. Febr. Vermißt. In großer Anruhe sind zwei Strahburger Familien. Die im Süddeutschen Kunstatelier von Willi Amlung in der Weggerstraße in Strahburg angefertigten Meisenden Ohnemas aus Neudorf und Ernst Stoll, hier wohnhaft, traten gestern vor 8 Tagen eine Geschäfts-tour durch den Schwarzwald an, von welcher sie bisher nicht zurückgekehrt sind; ebenso ist von beiden Männern bisher keine Nachricht eingetroffen. Beide sind solide Familienväter. Sie gingen, wie die „Vürgerzeitung“ berichtet, von Wolfach aus über Schapbach nach Freudenstadt, jedoch auf getrennten Wegen. Letzter sind sie verschollen, so daß ein Unglück naheliegt. Ohnemas ist 32, Stoll 27 Jahre alt.

Sundsee (Schwarzwald), 17. Febr. Dem Stiwettlauf wohnten am Sonntag 300 Personen bei; die größte Sprungweite betrug 19 Meter. An das Rennen schloß sich ein vorzügliches Festessen an. Auch im Kurhaus Sand trafen sich zur Mittags-tafel noch sehr viele Teilnehmer. Veliebt und empfehlenswert ist jetzt die Schlittenrundfahrt über Herrenweis, Rammünzsch und Hundsbach. Von Oberthal aus beginnt der Schnee erst beim Eintritt in den Wald.

Konstanz, 15. Febr. Am 10. November v. Js. wurde vor der hiesigen Strafkammer der 14jährige Zwangsjünger Karl Pfeifer von Hohensachsen wegen Brandstiftung zu der außer-gewöhnlich hohen Strafe von 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Er war beschuldigt, in der Morgenfrühe des 10. September v. Js. das Gebäude der Zwangserziehungsanstalt „Mariasilf“ in Eßlingen, Amt Donaueschingen, vorläufig in Brand gesteckt zu haben. Während des Brandes hat sich der Knabe geflüchtet und erst nach einigen Tagen wurde er verhaftet. Anfangs leugnete er die Tat und erst nach längerer Untersuchung gab er zu, das Gebäude angezündet zu haben, weil er von der Anstalt fortkommen wollte. Nachdem Pfeifer einige Monate im Landesgefängnis Freiburg gubebracht hatte, meldete sich ein jüngerer Bögling der Anstalt „Mariasilf“ bei dem Direktor, und gab an, daß nicht Pfeifer, sondern er mit noch drei weiteren Böglingen den Brand gelegt haben. Auf die eingeleitete Untersuchung hin wurde dann Pfeifer aus dem Gefängnis entlassen, trotzdem er immer noch fest behauptete, er sei der Brandstifter. Auf der andern Seite aber bleibt auch der junge Selbst-ankläger auf seiner Behauptung und in einer der nächsten Strafkammerstungen wird gegen diese vier andern Burschen verhandelt werden, wo dann Licht in die recht eigenartige Geschichte kommen dürfte.

Bad. Rheinfelden, 17. Febr. Verhaftet wurde am Montag der hiesige Postbote Sch., und in das Amtsgefängnis eingeliefert, weil er sich durch Prahlereien mit Geld des- in

erantaltet am...
e, sowie turne...
Nicht...
arte zu 20 Pf...
sich der Partei...
flekt, haben...
ag Gediegenes...
gten Arbeiter...
r in der städt...
haft nochmals...
für die „Nicht...
mpfehlenswert...
erbschaftssteuer...
Forderungen...
n Wirtschaften...
, bei Freizeit...
und Nees zu...
Mt.; es em...
dem billigeren...
gigen Vereinen...
zweitenmale...
er erstenmale...
erling), Oper...
„Carmen“...
dervorstellung...
ag, 21. Febr...
unden“. An...
ittags 5 Uhr...
23. Febr...
hneerwittdung...
und gewöhn...
Beschäftigter...
s er auf dem...
insolge Aus...
su und mußte...
er Nähe der...
Schulknaben...
Straßenwaris...
end. Vollmer...
bürg hierber...
, ohl oder übel...
abfrage, ging...
nlich in den...
erzieren...
können...
dann wegen...
Bruder in...
len standen...
anderen ber...
Mannheimer...
n...
Vorbildungs...
rdschule...
ode Ikofo...
chts-Sonntag...
ernationaler...
anstaltungen...
n großer Un...
Süddeutschen...
se in Straf...
f und Ernst...
sone Geschäfts...
bisher nicht...
nennen bisher...
amilienwäter...
von Wolfach...
getrennten...
nd nahelegt...
wettlauf...
Sprungweite...
vorigjähriges...
Mittags...
mpfehlenswert...
Raumünzsch...
ee erst beim...
wurde vor...
gling Karl...
der außer...
beurteilt...
September...
Mariabühl...
and gefest...
geflüchtet...
Anfangs...
ichtung gab...
von der An...
Monate im...
te sich ein...
a Direktor...
drei bei...
eingeleitete...
ängnis ent...
der Brand...
nge Selbst...
der nächst...
Wirtschaften...
nützliche Ge...

vorigen Jahre hier vorgekommenen Postdiebstahls dringend verdächtig gemacht hatte. In jener Nacht, in der der Diebstahl vorkam, hatte er die Nachtwache im Postamt, will aber nicht das Geringste gehört haben.
Hausen bei Meerzburg, 17. Febr. Unfall. Am 28. November vorigen Jahres brach in Duggenjegel ein Brand aus, auf dem Heimweg von der Brandstätte wurde nachts ein Mann namens Wagishäuser plötzlich vermisst. Trotz sofortigen Suchens war es damals nicht möglich, auch nur eine Spur von dem Vermissten zu finden. Man nahm an, daß der Mann an einer gefährlichen Stelle in die Nacht gefallen sei. Diese Annahme wird jetzt bestätigt. Vor wenigen Tagen wurde nämlich die Leiche des Vermissten am Mühlerechen der hiesigen Mühle hängend aufgefunden.

Der Eutingen Mord.

Unserem gestrigen Bericht über die Mordtat in Eutingen bei Pforzheim ist nachzutragen, daß der ermordete Altbürgermeister Chr. Wilh. Steudle im 74. Lebensjahre stand. Er war 21 Jahre lang Gemeindevorstand und von 1888 bis 1902 Bürgermeister. Auch seither hatte er verschiedene Ehrenämter inne und stand in hohem Ansehen in der Gemeinde. Er bewohnte mit seiner Frau die Parterre-Wohnung des Hauses Hauptstraße 141, während der obere Stock des zweistöckigen Hauses leer stand. Als der alte Mann am Dienstag früh halb 8 Uhr aufstand und in das Wohnzimmer trat, sah er an dem Schreibtisch eine Schublade offen. Steudle frug seine im anstehenden Schlafzimmer noch im Bett liegende Frau, ob sie am Sekretär was gemacht habe, und als diese die Frage verneinte, sah sich Steudle näher in noch dunklen Zimmer um (die Türen waren geschlossen). Unter dem Fensterbrett sah er zwei Stiefel hervor und als Steudle darnach sehen wollte, sprang ein junger schlanker Mann, der aus weichen Stoff eine provisorische Gesichtsmaske vorgebunden hatte, hervor, warf den alten Mann zu Boden, desgleichen die aus dem Bett herbeigeeilte Frau und flüchtete durch die Küche ins Freie. Die alten Leute berrückten sich bald wieder und tranken ihren Kaffee, worauf sich Steudle in den Stall begab, um sein Schwein zu füttern. Dortselbst begab er sich in der Scheune mit dem Einbrecher zusammen und wurde von demselben erzwängt. Außerdem zeigen zwei herausgeschlagene Zähne, daß er auch geschlagen wurde.

Die Frau nahm an, als er nicht gleich zurück kam, er sei zu seinem Bruder in das Gasthaus zur „Stadt Pforzheim“ gegangen. Als er aber länger ausblieb, wurde nach ihm gefahndet und schließlich fand man die Leiche in der Scheune des Ermordeten im Heu versteckt. Im Futtertrog fand sich auch das weiße Tuch, das der Mörder vors Gesicht gebunden hatte. Der Mörder nahm nach der schweren Tat den Weg durch eine Öffnung der Scheune, überschritt den Grasgarten und kreuzte alsdann den Bahndamm. Die Kriminalpolizei nahm eifrig die Nachforschungen auf — auch die Polizeihunde wurden verwendet — und gestern früh gelang es, den Mörder in Person des 18jährigen arbeitslosen Fassers August Redinger in einer hiesigen Wirtschaft zu verhaften. Derselbe wird als ein jogen. Lumpenkind geschildert; in der Lehre schon lief er wiederholt davon; infolge Messerstecherei zog er sich eine 9-wöchige Gefängnisstrafe zu und zeitweise ging er der Arbeit ängstlich aus dem Wege; dagegen werden die Eltern des Täters als brave rechtschaffene Leute geschildert.

Die Sektion der Leiche ergab, daß Redinger dem Opfer mittels Besenstiels ein paar Hiebe auf den Kopf versetzt und alsdann mit den Händen den Hals zusammengedrückt und erzwängt hat, sodaß Blut zu Ohr, Nase und Mund herausdrang.

Wie bereits gemeldet, ist der Mörder geständig.

Der Mörder des Altbürgermeisters Steudle hat bei seiner Verhaftung, als man ihn der Leiche gegenüberstellen wollte, eine schreckliche Angst gezeigt und gestand lieber die Tat ein, um nicht an den Ort der schrecklichen Tat geführt zu werden, aber die Gegenüberstellung mit seinem Opfer blieb ihm trotzdem nicht erspart. Gestern Mittag wurde er unter harter polizeilicher Bewachung an die Leiche des Ermordeten geführt. Er gestand ruhig ein, Steudle mit einem Besenstiel durch drei Hiebe niedergeschlagen zu haben. Einen Hieb auf die linke Wange und zwei auf den Hinterkopf, alsdann habe er sein Opfer erzwängt und unter das Garbenloch gelegt und mit Heu zugedeckt. Die Erregung der Eutingen Einwohnerlichkeit war angesichts des Mordes sehr groß. Hätte die Polizei denselben nicht geschützt, wäre er wohl kaum lebend von Eutingen zurückgekommen.

Neues vom Tage.

Messranganriffe und kein Ende.

Berlin, 17. Febr. Heute Nachmittag sind wieder zwei Messranganriffe auf Mädchen erfolgt. Am frühen Nachmittag verfehrte ein 23jähriger Mensch auf dem Treppenturm eines Hauses der im Zentrum gelegenen Dürfenstraße einem Dienstmädchen einen Stich in die rechte Seite. Der Täter entkam ohne Verfolgung. Der zweite Angriff geschah auf der unbauten Lindauer Straße in Schöneberg gegen 4 Uhr. Hier erhielt ein 20jähriges Mädchen von einem jungen Menschen einen Messerhieb in den rechten Arm. Die Polizei wurde diesmal sogleich benachrichtigt, doch blieben die Ermittlungen erfolglos. Die Verletzungen des Mädchens sind leichter Natur.

Verfrachte Gründung.

Magdeburg, 17. Febr. Großes Aufsehen erregt die Verfrachtung des Kaufmanns Ferdinand Eichler, Inhaber der Firma...
pulationen bei der Gründung von Kaufunternehmungen. In Zusammenhang damit steht der gestern erfolgte Selbstmord des Bankiers John, der einen großen Teil seines sehr beträchtlichen Vermögens durch die Eicherischen Gründungen verloren haben soll.

Die Angst vor der Arreststrafe.

Mühlhausen, 16. Febr. Der zwanzig Jahre alte Sohn des Fabrikanten und Gemeinderatsmitglieds Bloch, der als Einjährig-Freiwilliger bei dem hiesigen Jägerregiment zu Pferde...

diente, hat sich gestern im Stalle erschossen. Das Motiv zur Tat dürfte darin zu suchen sein, daß Bloch wegen Dienstvergehen eine dreitägige Arreststrafe erhalten hatte.

Durch den Schrecken getötet.

Mailand, 17. Febr. Gestern Nachmittag unternahm ein Ehepaar von Florenz und ein Herr Günther aus Reichenehof von Rapallo aus eine Segelpartie. Infolge heftigen Sturmes schlug das Boot um und alle stürzten ins Meer, aus dem sie durch die Mannschaft anderer Boote gezogen wurden. Die gerettete Frau von Florenz starb aber wenige Minuten, nachdem sie an Land gebracht worden war. Der Schreck hatte sie getötet.

Die Frau und die Kinder abgeschlachtet.

Berlin, 17. Febr. Im Benachbarten Johannistal hat heute Nacht der Schlossermeister Rudzild in einem Anfälle von Geistesstörung seine Frau und seine beiden Kinder im Alter von 8 und 8 Jahren buchstäblich abgeschlachtet und dann sich selbst durch einen Revolverbeschuss ins Herz getötet.

Die Frau erschlagen.

Nachen, 17. Febr. In Burtzfeld wurde der 54jährige Arbeiter Brülle unter dem Verdacht verhaftet, seine Frau, die schon das Wochenbett verlassen hat, erschlagen zu haben. Die Frau hatte Zwillinge geboren und der Mann feierte mit einigen Kameraden das Ereignis. Nachdem die Festlichkeit beendet war, schlug er solange auf die Frau ein, bis sie starb.

Zwei Kinder erstickt.

Brieg, 17. Febr. Im Gefindehaus des Dominus zu Schwonowitz brach gestern Feuer aus. Bei dem Brande sind 2 Kinder im Alter von 4 und 5 Jahren erstickt.

Ein Bau eingestürzt.

Madrid, 17. Febr. Ein im Bau befindlicher Anbau des Museums für schöne Künste ist eingestürzt. Ein Arbeiter wurde getötet, sieben verletzt.

130 Bergleute eingeschlossen.

Durch eine in England in der West Stanley Mine im Kohlenfelde von Durham erfolgte Explosion sind 130 Arbeiter in den vier Schächten eingeschlossen. Die sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten können nur langsam vorrücken, da die Schächte sehr beschädigt sind und wieder hergestellt werden müssen. Ein großer Verlust an Menschenleben ist zu erwarten. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt. Die Mine gehört der Firma Burns.

Bis gestern früh 9 Uhr waren 32 von den Eingeschlossenen gerettet, teilweise in schwer verletztem Zustande. Es besteht geringe Hoffnung, die noch eingeschlossenen 106 Leute zu retten.

Die letzten Meldungen.

besagen, daß es den Rettungsmannschaften gelungen sei, bis zu den Eingeschlossenen vorzudringen. Man hofft, wenigstens einen Teil der Verschütteten zu retten.

Die neue Maß- und Gewichtsordnung.

Man schreibt uns: Die neue Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908, welche auf einen durch Kaiserl. Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats zu bestimmenden Zeitpunkt, hinsichtlich der Organisation der Eichbehörden, jedoch nicht vor dem 1. Januar 1912 in Kraft treten wird, sieht die Verstaatlichung des Eichamtswesens und die Einführung der periodischen Nacheichung an Stelle der seither vorgeschriebenen Maß- und Gewichtsvisitationen vor und wird somit wesentliche Änderungen der Organisation unseres badiischen Eichamtswesens zur Folge haben.

Zur Vorbereitung dieser Neuorganisation, insbesondere aber um ein Urteil darüber zu gewinnen, wie viele Eichämter späterhin errichtet werden müssen, in welche Drie sie zweckmäßig gelegt werden, mit wie vielen Eichmeistern sie zu besetzen und wie groß ihre Dienstbezirke zu bemessen sind, erscheint es zunächst geboten, festzustellen, wie viele Meßgeräte im öffentlichen Verkehr überhaupt vorhanden sind und somit nach Einführung der neuen Maß- und Gewichtsordnung insgesamt zur Nacheichung kommen werden, ferner, in welcher Weise diese Meßgeräte über das Land und auf die einzelnen Gemeinden verteilt sind. Unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Tagesarbeitsleistung eines Eichmeisters und der vorgeschriebenen Nacheichungsrhythmen kann man dann ausrechnen, wie viele Eichmeister benötigt werden, und man kann bestimmen, in welcher Zahl Eichämter errichtet werden sollen. Es läßt sich ferner berechnen, wie viele Meßgeräte einem Eichamt zugeteilt werden können, mit andern Worten also, welcher Umfang den Dienstbezirken der einzelnen Eichämter zu geben ist. Aus der Verteilung der Meßgeräte, d. h. aus dem Grade ihrer Anhäufung in den einzelnen Gemeinden, ergibt sich schließlich, wo hauptsächlich ein Bedürfnis zur Errichtung eines Eichamts besteht.

Zurzeit fehlt es bei uns an jedem Anhalt über die Zahl der im Großherzogtum vorhandenen eichpflichtigen Meßgeräte des öffentlichen Verkehrs und somit auch über den Umfang der mit Einführung der periodischen Nacheichung zu bewältigenden Arbeit.

Es bleibt sonach nichts übrig, als eine Zählung der eichpflichtigen Meßgeräte bei den gewerbe- und handels-treibenden Besitzern derselben im ganzen Großherzogtum vorzunehmen, ein zwar umständliches Verfahren, das aber auch in andern Bundesstaaten und mit Erfolg vorgenommen worden ist. Die Zählung wird bei uns durch Gemeindebeamte, in den Städten mit Staatspolizei durch Schutzleute innerhalb der nächsten vier Wochen vorgenommen werden. Es liegt im eigenen Interesse der gewerbe- und handels-treibenden Bevölkerung, die Zähler bei ihrer mühevollen Aufgabe durch genaue Angaben der Zahl und Art ihrer im öffentlichen Verkehr Verwendung findenden Meßgeräte zu unterstützen. Würde es unterlassen werden, eichpflichtige Meßgeräte anzugeben und deshalb das Ergebnis der Zählung gegenüber der Wirklichkeit zu niedrig ausfallen, so hätte dies unter Umständen zur Folge, daß die Zahl der zu errichtenden Eichämter kleiner bemessen wird, als es dem Bedürfnis entspricht und es würden sich daraus für die Bevölkerung Unbequemlichkeiten und geschäftliche Nachteile ergeben.

Aus der Residenz.

Starkruhe, 18. Febr.

Sozialdemokratischer Verein.

Die gestrige Mitgliederversammlung war schwach besucht. In die Landtagswahl-Komitees der 4 Groß-Starkruher Kreise wurden je 3 Genossen delegiert, und zwar für den Oststadt-Kreis: Mele, Argast, Piefer-Mintheim, Südstadt-Kreis: Sauer, Kadel, Seith-Milpurr, Mittelstadt-Kreis: Eichhorn, Höhn, Friedrich-Weierthelm, Weststadt-Kreis: Flöher, Wlitzner und Wandle-Grünwinkel. Diese Komitees haben sich zu kooperieren, und zwar auf je 7 Mann für den Wahlkreis.

Die Frauenorganisation soll bei den von den Wahl-Komitees abzuhaltenden Bezirksversammlungen in Angriff genommen werden. Diesen Bezirksversammlungen soll eine allgemeine große Frauenversammlung vorausgehen.

Bei dem Punkt Bildungsfrage erläutert Gen.

Ced die Vorschläge der Vorstandschaft, die dahin gehen, daß der Sozialdemokratische Verein dem Verein Volksbildung als korporatives Mitglied beitrete. Die Vorträge wissenschaftlicher Natur, die Unterhaltungsabende, die Theateraufführungen u. d. m. könnten den Parteigenossen das geben, wonach sie verlangen. Was an Bildungsgelegenheiten dann noch fehle, könne der Sozialdem. Verein durch Veranstaltung von Vortragsabenden u. d. m. nachholen. Von der Einsetzung eines eigenen Bildungsausschusses wolle man absehen.

Die Debatte darüber war eine recht gründliche. Die Genossen Guth, Schön und Rückert plädierten für die Einsetzung des Bildungsausschusses und ein Vorgehen auf eigene Hand, während die Genossen Kolb, Schwall, Weismann, Runge und Tappert die Vorschläge des Vorstandes unterstützten. Von einer korporativen Angliederung an den Verein Volksbildung sei jedoch abzusehen. Man empfiehlt dem Vorstand, im Sozialdem. Verein öfters Vorträge über theoretische Parteifragen halten zu lassen. Ein Halbjahresprogramm sei aufzustellen, damit eine größere Vertiefung in unsere Grundsätze möglich sei. In diesem Sinne wurde auch beschlossen und zugleich ermahnt, die Veranstaltungen des Vereins Volksbildung entsprechend zu besuchen. Ein Bildungsausschuß wird nicht eingesetzt.

Die Anträge zum Parteitag erfuhren wegen schon vorgerückter Zeit nur eine kurze Besprechung. Die Genossen Sauer, Kolb, Trinks und Ced äußerten sich dazu und geben der Auffassung Ausdruck, daß insbesondere die Preßfrage für das Oberland gewissenhaft zu prüfen sei. — Alsdann wurde die Versammlung geschlossen.

Der Streik bei der Firma Lang.

Der Streik dauert fort. Die Kollegen sind auf dem Posten. Streikbrecher finden sich im Metzgergewerbe immer. Nur durch den Boykott ist hier etwas zu erreichen. Die Arbeiter können die Metzger durch Betätigung der Solidarität unterstützen. Die Metzger erreichen alsdann wieder, was man ihnen schon früher gewährt hatte. Der Streikleiter.

Der Tabakarbeiter-Protest.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter wendet sich an die Einwohner wie folgt: In den nächsten Tagen wird Ihnen ein „Protest gegen jede Mehrbelastung des Tabaks“ zur Unterschrift unterbreitet werden. Da in der Tabakindustrie auch eine sehr große Zahl von Frauen beschäftigt ist und diese durch eine höhere Steuer oder einen höheren Zoll ebenfalls in großen Massen arbeitslos würden, halten wir die Frauen an der Sache ebenso sehr interessiert, wie die Männer. Wir bitten deshalb alle mündigen Männer und Frauen im Interesse der Menschlichkeit, unsern Protest durch ihre Unterschrift zu unterstützen.

Grünwinkel.

F. Die öffentliche Versammlung, welche am Samstag Abend im „Engel“ stattfand, hätte besser besucht sein dürfen. Landtagsabg. Kolb referierte in 1 1/2stündiger großangelegter Rede über die gegenwärtige politische Lage, wobei er auch die Tätigkeit des verflorenen Landtags streifte und am Schlusse auf die bevorstehenden Landtagswahlen und auf die Aufgaben, die der zukünftige Landtag zu lösen hat, zu sprechen kam. Scharf geißelte der Redner die Haltung der großen bürgerlichen Parteien auf dem verflorenen Landtag bei verschiedenen wichtigen Fragen. Hauptsächlich die Nationalliberalen hätten die Erwartungen nicht erfüllt, die man 1905 auf sie setzte. Trotz allem Drängen und Schieben der Nationalliberalen, die sich ja wirklich Mühe gaben, konnten sich die Nationalliberalen nicht dazu verstehen, wirklich liberale Politik zu treiben. In den letzten zwanzig Jahren leisteten sie absolut gar nichts mehr, um das Ansehen, das der Liberalismus früher genoss, wieder herzustellen, statt dessen haben sie dem Zentrum stets und ständig in die Hände gearbeitet. So sei es bei der Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts gewesen, so sei es auch wieder bei der Reform der Gemeinde- und Städteordnung. Das Zentrum gehe in dieser Frage jetzt schon weiter wie die Nationalliberalen, welche trotz der schlechten Erfahrungen in ihrem alten Geleise weiter trotten. Die Nationalliberalen sind selbst in der Schulfrage nicht mehr zuverlässig. Auch jetzt zeige sich wieder, wie kurzfristig und kleinlich bei den Nationalliberalen gehandelt wird, sonst hätte es um Lörrach-Land keinen Streit geben können. Auch das Zentrum treibe ein Doppelspiel, denn es sei ausgeschlossen, daß eine Partei die Interessen aller Stände vertreten könne. Auf dem Gebiete der Kultur- und Steuerpolitik haben die bürgerlichen Parteien schwer gesündigt, das Zentrum wie die Nationalliberalen.

An uns liege es nun, Aufklärung unter die Wählererschaft zu bringen, dann können wir getrost in den Wahlkampf ziehen. Die Tätigkeit der Fraktion und unser Programm werden bei den Wahlen gut für uns arbeiten. Redner schloß mit einem feurigen Appell an die Anwesenden, ihre Pflicht zu tun, damit auch in unserm Bezirke der Sieg an unsere Fahne geheftet werden könne.

Reicher Beifall lohnte den Redner am Schlusse seiner interessanten Ausführungen. Nachdem noch der Kandidat Genosse Willi einige kernige Worte an die Versammlung gerichtet und zur regen Agitation aufgefordert hatte, konnte die sehr gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Gewerbegericht.

Sitzung vom 17. Februar.

Vorsitzender: Stadtrat und Rechtsanwalt Boeck. Beisitzer: Wirt Moritz Lutz und Monteur Josef Winterfinger.

Es kamen folgende Fälle zur Verhandlung:

1. Die Kellnerin Rosa Klumpp klagt gegen den Wirt Lukas Kappenberger z. „Laub“ wegen Lohnerschädigung von 30 Mk. für 14 Tage. Die Klägerin gibt an, sie sei von Kappenberger dadurch schwer beleidigt worden, daß er ihr ins Gesicht geschlagen habe. Daraufhin habe sie die Stelle sofort verlassen. Kappenberger bestreitet, geschlagen zu haben. Es wird aber durch Zeugen glaubhaft nachgewiesen, daß die Klägerin doch geschlagen wurde. Das Gericht nahm daraufhin an, daß die Klägerin berechtigt war, sofort aufzuhören und sprach ihr eine Lohnerschädigung von 20 Mk. zu.

2. Die Hausburschen Leop. Klumpp und Alb. Scherrer klagen gegen Hotelbesitzer Wily. Holzer z. „Grünen Hof“ wegen rechtswidriger Entlassung und Lohn für 14 Tage. Die Kläger waren 10 Tage in Stellung bei Holzer. Nach dessen Angabe habe er dieselben sofort entlassen, da sie sich ungebührlich gegen die Köchin benommen hätten. Die beiden Kläger bestreiten das. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß deren Verhalten gegen die Köchin nicht einwandfrei war. Der Beklagte erbot sich, an die Kläger je 5 Mk. im Vergleichsweg zu geben. Es erging Urteil dahin, den Klägern je 5 Mk. zuzusprechen, wobei der Vorsitzende darauf hinwies, daß man lediglich deshalb die 5 Mk. bewilligte, weil sich der Beklagte angeboten hat, diese Beträge gutwillig zu zahlen. Im anderen Falle wäre Abweisung der Klage erfolgt.

3. Die Formerlehrlinge Aug. Bod aus Sulach und Gust. Seck aus Grünwinkel klagen gegen die Firma F. Geisendörfer wegen Herausgabe von zu Unrecht einbehaltenem Lohn von je 6,12 Mk. Die Lehrlinge, die in Begleitung ihrer Väter erschienen waren, behaupten, daß ihnen am letzten Samstag rechtswidrig der Lohn von je 6,12 Mk. vorenthalten worden sei, angeblich als „Kaution“, worüber aber im Lehrvertrag nichts vereinbart worden sei. Im Geschäft seien 5 Lehrlinge beschäftigt, welche aber nur für Tagelöhnerarbeiten und Karrenschieben verwendet würden, um Geld zu sparen. Die beiden Lehrlinge behaupten außerdem, von Wily Geisendörfer schwer mißhandelt worden zu sein. Im § 13, Absatz 3 des Vertrages verpflichtet Herr Geisendörfer, die Lehrlinge im Saferhandwerk gründlich auszubilden und sie vor Mißhandlungen jeder Art zu schützen. Dabei prügelt er selbst die Knaben wie Hunde, so daß sie morgens mit Angst und Schreden ins Geschäft gehen. Außerdem müssen dieselben bei der kältesten Witterung barfuß Lehm treten, wodurch Bod schon mehrmals krank geworden sei. Besonders Bod sei von Wily Geisendörfer mit einem Gummischlauch schwer mißhandelt worden; auch habe er ihn in roher Weise auf den Boden geworfen und ihm Fußtritte gegeben. Der Beklagte antwortete, daß er kein Vertreter entsende. Es erging Versäumnisurteil laut Antrag.

Man trägt sich unwillkürlich, gibt es denn keine Behörde, die einmal in dieses Lehrlings-„Eldorado“ hineinknüttelt?

Ein offenes Wort zur Maskenballfrage

übermittelt man uns noch: Die evangelische Geistlichkeit will ein Vergernis aus dem Wege räumen. Sie glaubt dazu berufen zu sein. Warum fängt sie aber am falschen Ende an? Sieh nicht den Splitter in des Bruders Auge! Warum hat sie denn den Mut nicht, auch auf den „Walfen“ hinzuweisen! Hat ein Wall in den „höheren und höchsten“ Gesellschaften mit den vorchriftsmäßigen Kleiderauschnitten einen moralischeren „Forn“ als ein städtischer Maskenball? Apropos Sittlichkeitsverbrechen! Ehebrüche! Verbrechen gegen das keimende Leben! Wissen die Geistlichen, in welchen Kreisen die am meisten vorkommen? Wo kennt man am meisten das Verheimlichen? Man lasse doch endlich einmal die Unberührtheit und Klage den Stadtrat nicht immer als „Zuhälter“ an und stelle die Festschalle nicht als ein „öffentliches Haus“ hin, sonst könnten unsere Töchter und Söhne tatsächlich glauben, daß Karlsruhes Einwohner eine verkommene Bande schlimmster Sorte wäre. Karlsruhe hat seit einer langen Reihe von Jahren seine wohlberechtigten Maskenbälle. Niemand wird gezwungen, hinzugehen und die Umlagen werden auch nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Das Zeitungsanstragen durch Kinder.

Man schreibt uns: Der Verlag der „Badischen Presse“ gab dieser Tage ein Plakat, Größe 32/24 Zentimeter, an seine Zeitungsträgerinnen ab, das folgenden Wortlaut hat:

Das Zeitungsanstragen durch Kinder.

Nach dem Kinderschutzgesetz ist die Beschäftigung eigener oder fremder Kinder unter 12 Jahren untersagt. Volksschulpflichtige (!) Kinder, welche das 12. Lebensjahr vollendet haben, dürfen Zeitungen austragen, jedoch nicht nach 8 Uhr abends und nicht mittags, wenn solche vormittags länger als bis 10 Uhr in der Schule waren und dann erst zwei Stunden nach Schluß. Die tägliche Beschäftigung (also Zeitungstragen) darf während des Schulbesuchs (?) nicht länger als drei Stunden währen, während der Schulferien nicht länger als vier Stunden.

Zu widerhandlungen werden gegen die Zeitungsträgerinnen mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft.

Wir machen hiermit unsere Zeitungsträgerinnen besonders hierauf aufmerksam und übernehmen keinerlei Verantwortung, wenn eine Trägerin vom Großherzoglichen Bezirksamt wegen Uebertretung dieses Reichsgesetzes bestraft wird. Jeder Zeitungsträgerin wurde ein Exemplar dieser Belehrung über die Gesetzesbestimmungen ausgehändigt.

Karlsruhe, den 8. Februar 1908.

Verlag der „Badischen Presse“.

So, ihr Zeitungsträgerinnen, nun wißt ihr, wie ihr dran seid! Herr Thiergarten hat euch ein Exemplar seiner „Belehrung“ ausgehändigt und übernimmt keinerlei Verantwortung. Als der Transportarbeiter-Verband vor einiger Zeit an die verschiedenen Redaktionen mit der Bitte um Veröffentlichung eines Vorschlages herantrat, welcher bezweckte, den Trägerinnen ihre Arbeit zu erleichtern, da war die „Badische Presse“ eine von den wenigen hiesigen Zeitungen, welche es nicht für nötig fand, dem Notschrei der Trägerinnen Gehör zu schenken. „Ich wasche meine Hände in Unschuld“, nun seht, wie ihr fertig werdet! Das ist der Grundlag des schwerreichen Herrn Thiergarten. Seitens der gewerkschaftlichen Organisation wurden die Zeitungsträgerinnen schon längst über das Kinderschutzgesetz aufgeklärt und Herr Thiergarten hätte sich seine famose „Belehrung“ ersparen können, wenn er den Zeitungsträgerinnen bisher nicht so viel Schwierigkeiten zum Besuch der Versammlungen in den Weg gelegt hätte. Wir meinen, daß doch diese Frauen alle mündig sind und es dem Herrn Thiergarten völlig gleichgültig sein kann, wo und wie die Frauen organisiert sind und ob und wann sie eine Versammlung besuchen. Die Zeitungsträgerinnen werden jedenfalls den richtigen Weg finden, damit ihnen das Gesetz nicht zu viel Schaden bringt und dieser Weg ist die Organisation im Verbande.

Der Bevollmächtigte des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Die Gewerbeordnung.

In der zahlreich besuchten Monatsversammlung des Gewerbevereins am 10. ds. Mts. sprach Herr Handwerkskammersekretär Dr. Loh über die Abänderungen der Gewerbeordnung. Als wichtigste und einschneidendste Neuerung, von dem kleinen Befähigungsnaachweis abgesehen, ist wohl die zu nennen, daß nun auch für Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Arbeitern die Bestimmungen gelten, die für Fabriken maßgebend sind, diese Handwerksbetriebe also von nun an der Fabrikinspektion unterstehen. So müssen diese Handwerksbetriebe, genau wie Fabriken, jetzt eine Arbeitsordnung erlassen. Dieselbe ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen und jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung einzuhändigen. Die Arbeitsordnung hat Bestimmungen zu enthalten: über Anfang und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit, sowie der vorgesehenen Pausen, ferner Zeit und Art der Abrechnung und Lohnzahlung mit der Maßgabe, daß die regelmäßige Lohnzahlung nicht am Sonntag stattfinden darf, ferner über die Frist der zulässigen Aufkündigungen, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf, ferner über Strafen, sofern solche vorgesehen sind. Den Unternehmern solcher gewerblicher Betriebe (20 und mehr Arbeiter) ist von nun an unterlagt, für den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter die Verwirklichung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen. Nach den neuen Bestimmungen hat auch die zulässige tägliche Beschäftigungsdauer für weibliche und jugendliche Arbeiter eine Kürzung von einer Stunde erfahren.

Das Ergebnis der Abänderungen faßte der Redner kurz dahin zusammen, daß durch die neuen Bestimmungen eine gewisse Klarheit für Handwerksbetriebe geschaffen wurde, dem steh aber gegenüber, daß die Fabrikinspektion von nun an den handwerksmäßigen Charakter eines Betriebes nicht mehr zu beachten brauche. Es ist die Aufgabe der Zukunft vorbehalten, festzustellen, was unter Fabrik und handwerksmäßigem Betriebe zu verstehen sei. In der darauffolgenden Aussprache, in der sich der Vorsitzende, der Redner und Herr Mednermeister Weiß beteiligten, gibt letzterer dem Wunsch Ausdruck, die Gesetzgebung wolle nun auch ihr Augenmerk darauf richten, wie der Lehrling seine freie Zeit zur Weiterbildung zu benutzen habe, es könne dadurch mancher Lehrling vor Abwegen bewahrt bleiben.

Das Kostümfest des Gesangsvereins „Badenia“ geht in folgender Weise vor sich: Von halb 6 Uhr Konzert, von 6.11 Uhr Damenführung, wobei die bekannten Bittenerrednerinnen: die Frauen Winterfinger, Herion, Kraus, Kern, Viebrücher u. a. auftreten werden. U. a. werden auch „Die musikalische Kochkule“ und „Eine ländliche Konzertprobe“ zur Aufführung gelangen. Die ganze Sitzung wird nur von Damen geleitet unter Assistenz einer Jungfrauengarde. An die Sitzung anschließend findet Ball statt.

Der erste Entwurf des Sommerfahrplans 1909 der badischen Staatsbahnen ist zur Ausgabe gelangt und kann von Interessenten im Bureau der hiesigen Handelskammer, sowie bei den Herren Mitgliedern an den auswärtigen Plätzen des Handelskammerbezirks eingesehen werden. (Siehe Notiz unter Badische Politik.)

* Vereinsbank Karlsruhe. Nach Beschluß des Aufsichtsrates und des Vorstandes wird der 16. März ds. Jrs. anzuberäumenden Generalversammlung die Gewährung einer Dividende von 7 Proz., wie in den Vorjahren, vorgeschlagen. Mit Ausgabe des Berichtes begehrt die Genossenschaft die Feier ihres 50jährigen Bestehens.

Submissionen der Malermeister. Herr S. Eichelhardt schreibt uns: Ich hatte bei der Vergebung von Schulhausmöbeln in Mühlburg 3064,65 Mk. verlangt, nicht, wie angegeben, 3064,40 Mk.

An der Gewerbeschule Karlsruhe sind zurzeit 18 Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung im Gang, und zwar: Statikurs; Fachzeichnkurs II Maschinenschlosser, III Maschinenschlosser und Mechaniker, IV Schreiner und Glaser, V Wagner, Schmiede usw., VI Bauhölzer, Blechener, Steinbauer; Buchdruck-Maschinenmeisterkurs, Schriftsetzerkurs, Buchführungskurs, fachtheoretischer Kurs über Elektrotechnik, fachtheoretischer Kurs

für Blechner und Installateure, 3 Kurse theoretischer Unterricht für verschiedene Gewerbe, Leimfarbmalkurs, Holz- und Marmoralkurs, Sandvergoldkurs, Weiterbildungskurs in Volkswirtschaftslehre. Die Teilnehmerzahl beträgt 492. — In Siegelbach findet zurzeit ein vom Handwerkerverein dafelbst veranstalteter Vorbereitungskurs zur Meisterprüfung mit zwölf Teilnehmern statt.

* Städtische Personalverhältnisse. Uebertragen werden in zunächst provisorischer Weise: die erledigte Stelle des städtischen Heizungsleiters dem Techniker J. Rothmund von Durlach, zurzeit in Stuttgart, die Stelle eines Maschinentechnikers beim städtischen Maschinenbauamt dem Maschinentechniker Otto Niegel hier, die Stelle eines technischen Assistenten bei den Gas- und Wasserwerken dem Aushilfszeichner Ludwig Wächter dafelbst, die Stelle eines Maschinenbauers bei den gleichen Werken dem Bureaudienner Josef Burger ebenda, die Stelle eines Anzeiger-Assistenten bei der städtischen Zentrallangelei dem Bureauvorsteher Karl Niegger hier, die erledigte Stelle des Feuerhauaufsehers dem städtischen Maschinisten G. Widmann, die Stelle eines Aushilfsleiters an der Profektur des städtischen Krankenhauses dem Zimmermann Josef Sieber von Stetten a. I. M.

* Gesuche. Dem Bezirksamt werden unbeanstandet vorgelegt: 6 Gesuche um Aufnahme in den badischen Staatsverband, 3 Baugesuche, sowie die Gesuche des Oberkellners Paul Natusch in Luzern um Erlaubnis zum Betrieb der Personalgastwirtschaft „Hotel Vittoria“, Kriegstraße Nr. 22, des Metzgers Leopold Frank in Rastatt um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zu den sieben Schwaben“, Wilhelmstraße Nr. 8, des Mechanikers Friedrich Blach hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur alten Brauerei Schumpel“, Durlacherstraße Nr. 81/83. Das Gesuch des Wirts Heinrich Walter in Durlach um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Gastwirtschaft in dem Hause Gebhardstraße Nr. 46, Ecke Hohegollerstraße, im Stadtteil Weierheim, wird dem Bezirksamt unter Bejahung der Bedürfnisfrage vorgelegt.

* Die Witwe eines vor kurzem verstorbenen städtischen Arbeiters wird in den Bezug des ihr nach dem Arbeiterstatut zukommenden Sterbe- und Wittwengeldes eingewiesen.

Vereinsanzeiger.

Bruchsal. (Arbeitergesangsverein Harmonie.) Samstag, den 20. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, im „Prinz Max“ Faschingsaufführung mit darauffolgendem Tanz. Nichtmitglieder 20 Pf. 9112

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schide es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen!
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma!
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes! Es kommt oft vor, daß durch Beschreibung von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belästigung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Preßkommission.

Beschwerden über Redaktion oder Expedition sind stets zu richten an: Aug. Schwab, Karlsruhe, Scherrstr. 19.

Geschäftliches.

Knorr's Hahn-Maccaroni

Übertreffen alle deutschen und fremden Fabrikate durch saubere Herstellung und appetitliches Trockenverfahren, welche hohen Wohlgeschmack und schönstes Aussehen gewährleisten.

Jedes Paket enthält 1 Gutschein für Knorr-Sos.



-Kinder-nahrung -Krankenkost.

Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörungen.

Back', brat' und koch' mit A L C O - Fett!

Es spart, schmeckt gut u. bräunt auch nett.

Suppenfleisch spart, Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!** Kreuzstern **MAGGI'S Suppen** mit dem Kreuzstern verwendet. Nur mit Wasser wenige Minuten zu kochen. Mehr als 30 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Pfg gibt 2 Keller. Ebenso gehaltvoll und kräftig schmeckend, wie die besten hausgemachten Fleischbrühsuppen. 927 „MAGGI'S gute, sparsame Küche“

Der Unterricht... und Mar... in Volks... In Sie... darselbst... mit zwölf... werden in... des städt... und von Dur... inentem... technischer Otto... enten bei den... dwig Wachter... eichen Werken... e eines Kana... dem Bureau... es Feuerhaus... n, die Stelle... chen Kranken... n a. I. M... anstandet vor... en Staatsber... fellners Paul... der Personal... 2, des Re... n Betrieb der... sieben Schw... rich Blach hier... mit Beamt... urachserstraße... er in Durlach... einer Gastwirt... Hoheingoltern... rksam unter... hädlichen Ar... eiterstatut zu... n... Samstag, den... tag" Faschings... nichtmitglied... 911.2... on schreiben... billst, tue dies... edakteurs und... eine Phrasen!... ern mit Tinte... ; fehe mehr... ern den Tag... Zahl; streiche... htige darüber... Blattes! Es... en Seiten die... ständig abge... efrischen wer... Schriftstücken... um die Medat... on sind stets... herrstr. 19.

Städt. Seefischmarkt
Donnerstag nachmittag von 8 1/2-7 Uhr und Freitag vor-
mittag von 8-11 Uhr.
Karlsruhe, den 17. Februar 1909.
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

**Eier, Butter, Käse
Honig, Nudeln, Maccaroni**
empfehlen unter Garantie für erstklassige
Ware zu den billigsten Preisen Teleph. 2349
Geschwister Lieb,
15 Kurvenstrasse 15.

10% Rabatt.
Ab 1. Januar gewähre auf alle Stoffe, welche
von Privat-Kundschaft gekauft werden, obigen Rabatt
von 10%.
Wilh. Wolf jr.,
Leinwandabteilung, Kaiserstraße 82a,
Eingang Lammstraße.

**Masken
passt auf!**
10 Postkarten gratis mit seinem eigenen
Bilde erhält jedes, welches sich von heute
bis 25. Februar in meinem Atelier auf-
nehmen lässt. Trotzdem Preisermäßi-
gung für Kostümaufnahmen.
Fritz Albrecht,
Atelier moderner Photographie,
Haltestelle der städt. Strassenbahn Ecke York-
strasse und Kaiseralle, Yorkstr. 10,
Telephon 2443.

Billigstes
Wegen vorgerückter Saison
verlaufe ich
sämmtliche Winterwaren
mit
10% Rabatt.
Realistest
August Schindel jr.
Hauptstraße 69 Durlach Hauptstraße 69
Geschäftshaus.

Braunkohlen-Brikets,
angenehmes, reinliches und billiges Brennmaterial, rüch- und
rauchfrei, empfiehlt
mit Bruch zu Mk. 1.30 per Zentner,
nur Ganze " 1.40 "
tanto Kessel, 6. mindest 5 Jtr. 5% in Rabattsparrmarken od. bar.
Bei größeren Quantitäten oder ab Lager Rheinhafen billiger.
H. Mülberger,
Kohlen- u. Braunkohlen-Brikets en gros u. en detail
Kontor: Karlstraße 29 a. Telephon 250.
Färberei D. Lasch. Angelackierte Zugehör ist
Teakellose Bedienung u. bill. Preise für den billigen Preis von 5 Mk.
Rabattmarken. 211 Grünwinkel, Bürgerstr. 12, 1. St.

Geburts-Anzeige.



Ich bin soeben
geboren
und habe allerhand „Schnoke“
und „Schpäpfe“ mitgebracht.
Wer mich haben will schreibe
sodort.
Von heute mittag ab
werde ich ausgeliefert.
Die „Knallerbs“.

Ein weiterer Waggon
**Holländer
Rotkraut**
und
Weisskraut
3 bis 4 Pfd.-Köpfe
Pfd. 11 Pfg.
2 Waggon
**Italiener
Zwiebeln**
Pfd. 13 Pfg.
Ferner
**Italiener
Blumenkohl**
Kopf 15, 18
und 20 Pfg.
empfehlen
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten
Verkaufsstellen.

Enorm
billig
kaufen
Sie
Möbel
und
ganze Wohnungs-
Einrichtungen
nur
im
Möbelhaus
32 Kronenstr. 32
Auf Wunsch
Zahlungsanleiherung.
Schöne
2 Zimmerwohnungen
im Hinterhaus mit Kochgas auf
1. April 1909 zu vermieten.
Näheres Näppurerstr. 20
im Bureau. 347

Haben Sie ihn schon?
probiert meinen
Ceylon-Tee
das Pfund nur 90 Pf.,
wenn nicht, so veräumen Sie
es nicht, es ist wirklich was
gutes und ich biete hiermit dem
weniger bemittelten Publikum
Gelegenheit, für wenig Geld
einen guten Tee zu kaufen.
Bernh. Kranz,
Werberpl. 37, Ludwigpl. 65
Kaiserstr. 38, Uhlandstr. 21,
Telefon 484 Telefon 2874.

Soeben für mich ein-
getroffen
ein Waggon holl.
Kraut
Rotkraut
Kopf ca. 4 Pfd. schwer
38 Pfg.
Weißkraut
per Kopf 38 u. 40 Pf
Wirshing
per Kopf 25 u. 30 Pf.
Bucherer
in den bekannten
Verkaufsstellen.

Maskenkostüme.
Sehr hübsche, echte „Knall-
bonbon“ (schlanke Figur) ebenso
echte russische Zigeunerin (mitt-
lere Figur) und Gänseblumen
sind billig zu verleihen oder zu
verkaufen Ostendstr. 6, p. r.
Gut erhalten, Singer-Näh-
maschine mit Hand- und Fuß-
betrieb sehr billig zu verkaufen
924 Ostendstr. 6, p. r.

Hofenträger
erstaunliches Fabrikat sowie sämt-
liche Lederwaren empfiehlt in
großer Auswahl zu billigsten
Preisen.
H. Oswald, Schützenstr. 42
Zwei große neue
Hafentische mit Hasen
sind billig zu verkaufen
Neue Anlage 33, Durlach.
Große eiserne, eleg. 908
Kinder-Bettstelle
neu, für nur 12 Mk. zu verk.
Gerrenstraße 6, 2. St., 515.

Bettmässen!
Befreiung garant. sofort. Aerztl.
empf., glänzende Dankschr. Alter
u. Geschlecht angeb. Broschüre
unsonst: Institut „Sanitas“,
Velburg, H. 18, Bayern, 280
K. Liebegnt,
Buchbinder, Papierhandl.,
Zirkel 24,
zwischen Karl-Friedr.-u. Kreuzstr.
Zeichenutenfüllen,
Reißbretter,
Reißzeug.

Colosseum
Freiburg.
Das kolossale Fas-
nachts-Programm, über
welches ganz Freiburg
und Umgebung spricht.
H. A.
John Barley,
der berühmte deutsch-amerik.
Verwandlungsschauspieler
in seiner Detektiv-Komödie
Sherlock Holmes
9 Personen, 22 Verwand-
lungen, allein dargestellt
von John Barley.
Les Graziellas!
Erika-Quintett,
schneidiges Transforma-
tions-Ensemble.
Moraw-Greffons,
Pariser Apachen-Tanz.
3 Wahlerts,
neuester phänomenalster
Gymnastik-Alt (Modelle be-
rühmter Professore).
H. Kunz,
Humorist in seinem neuesten
Original-Repertoire.
Les Méraux
wunderbarer Equilibristik-
Akt.
The Armins!
Kinematograph in höchster
Vollendung.
Kassa 7/8, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf Cigarrenhaus
Kampfe, Kaiserstr. 89. 923

Schweinefett
deutsch
p. Pfd. 70 Pfg.,
bei 5 Pfd. 68 Pfg.
Schweinefett
amerikan. 704
p. Pfd. 62 Pfg.,
bei 5 Pfd. 60 Pfg.
Fr. W. Hauser Wwa.,
H. Kussmaul.
Tel. 464. Erdbringerstr. 21

Alona
Fahrräder
u. Inverkehrsetzte enorm billig.
Kataloge gratis. Vertreter ge-
sucht. Fahrradhaus Wiehre
Freiburg i. B. G.

Uhren
Taschenuhren, Regulateure,
Frischwinger, Wanduhren,
Weder, Uhrketten
zu den billigsten Preisen.
Reparaturen
gut und billig. Garantie.
Emil Gehri, Uhrmacher,
Löwenstraße 3. 56
Freiburg i. B.

Teigwaren

und
Dürrrobst
Bruch-Maccaroni
Pfd. 26 Pfg.
Maccaroni, offen,
die Pfd. 28 Pfg.
dünn Pfd. 32 Pfg.
Gemüse-Nudeln,
breite Hausmacher,
Pfd. von 27 Pfd. an.
Echte
Eler-Hausmacher
— nur in Paket —
1/2-Pfd.-Paket 40 Pfg.
1/4-Pfd.-Paket 20 Pfg.
Neue
Zwetschgen
Pfd. von 18 Pfg. an
Kranzfeigen
Pfd. 23 Pfg.
Algier-Feigen
Pfd. 20 Pfg.
Birnbuzel
Pfd. 16 Pfg.
Dampfpfäfel
Pfd. 45 Pfg.
Dampfpfäfel
Extra-Qualität
nur in luftdichten Verga-
mentbüchsen von 1/4 Pfd.
englisch Gewicht
Paket 52 Pfg.
Californische
Aprikosen
Pfd. 60 Pfg.
Datteln
Pfd. 35 Pfg.
Mischobst
sehr beliebt
Pfd. 25 u. 40 Pfg.
bestes, ohne Stein 50 Pfg.
empfehlen 427

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Ver-
kaufsstellen.

Maskenkostüm (Santierin)
ist billig zu
verkaufen. Werberstr. 67, 5. St.
Bettstelle mit Strohmattlage
billig zu verkaufen;
dieselbst wird gut erhalt. Sport-
wagen zu kaufen gesucht.
Gerrenstr. 4, 3. Stod. rechts.
Uniformrock für Faschnacht
abgegeben. geeignet billig
zu verkaufen. Gerrenstr. 4, 1. St.
Divan, gebraucht, für 25 Mk.
zu verkaufen.
Näppurerstr. 23, 3. St. r.
Scherrstr. 2, 1. Stod. ist ein
schön möbliertes Zimmer
sofort zu vermieten.
Reichenstraße 33, 4. St. ist
ein freundl. möbl. Zimmer
an soliden Arbeiter per sof. od
später zu vermieten.
Fahrrad mit Freilauf, gut er-
halten, zu verkaufen.
Scherrstr. 20, 4. St. r.
Frau empfiehlt sich nachmittags
im Waschen u. Putzen;
dieselbst ist ein dreiflammiger
Gasherd und Stüwagen zu
verkaufen. Scherrstr. 4, 1. St. L.

Stammhaus
gegr. 1844

Leopold Kölsch

Telefon
160

Karlsruhe, Kaiserstr. 211, Zweiggeschäft Schützenstr. 17.

Der Inventur-Räumungs-Verkauf dauert fort.

Auf Schürzen, Unterröcke und Kinderkonfekton 20% Rabatt.

Auf alle anderen nicht zurückgesetzten Waren Garne ausgenommen 10% Rabatt.

Verkauf nur gegen bar. Kein Umtausch. Keine Auswahlendungen.

!Abschlag!

Schmalz

amerikanisches

Pfd. 60 Pfg.

deutsches

Pfd. 68 Pfg.

ferner

Weizenmehl

nur garantiert reinste
Mahlung feinst. Mühlen

0 Mehl 0

Pfd. 19 Pfg.

5 Pfd. 90 Pfg.

I Mehl I

Pfd. 18 Pfg.

5 Pfd. 85 Pfg.

Blütenmehl!

in praktischen Wischtuch-
säcken

5-Pfd.-Säcken 1 00

10-Pfd. 2 00

Konfektmehl

in praktischen Wischtuch-
säcken

5-Pfd.-Säcken 1 10

empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekann-
testen Verkaufsstellen.

Grosser Räumungsverkauf

Mein durch einen grossen Gelegenheitskauf überfülltes

Schuhwaren-Lager

bestehend in allen Arten

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel

von den einfachsten bis feinsten Qualitäten muss baldigst ge-
räumt sein und verkaufe daher solche zu überraschend stau-
nend billigen Preisen.

Günstige Einkaufsgelegenheit für

Konfirmanden

im

Schuhwaren-Haus

M. David

„Zur goldenen 16“

16 Markgrafenstrasse 16.

P.S. Der weiteste Weg lohnt sich.

832

Arbeitergesang-Verein „Freundschaft“ Nüppurr.

Am Fastnachtsonntag, den 21. Februar, abends 5 Uhr
beginnend, im Saale des Bahnhof-Hotels

Grosses Kostüm-Fest.

Hierzu sind alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Ver-
eins freunlichst eingeladen.

Barrenkarte ist obligatorisch und am Saaleingang zu
haben.

Der Vorstand.

Auf sämtliche lagernde weisse und bunte Bettdamaste

gewähre vom 1. bis incl. 20. Febr.

15% Rabatt.

Arthur Saer,

Karlsruhe,

Kaiserstr. 93, Kaiserstr. 93,
1 Trp. hoch. 1 Trp. hoch.
826 Telefon 2665.

Männergesangverein Karlsruhe G. V.

Fastnacht-Sonntag, den 21. Februar, findet in dem
grossen Saale des „Kühlen Krug“ unser diesjähriger

Masken-Ball

verbunden mit Internation. Narrenkongress
statt. Karten für einzuführende Herren 1 M., sowie Damen-
karten 50 Pfg. sind am Saaleingang erhältlich und berechtigen
zur Teilnahme am Ball.

Saaloöffnung nachm. 5¹¹ Uhr. Beginn des Maskenfestes
p. 6¹¹ Uhr. Weiteres befragt das den Mitgliedern zugehende
Rundschreiben. 930

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sonntag, den 20. Febr., abends 8¹¹ Uhr, im Narren-
saal des Restaurants „Kühlenberger“, Werderstrasse 28

Närrische

Tanzunterhaltung.

Grosses Auf- und Abtreten der weltbekannten eigenen
Haus- und Koch-Bauern-Kapelle.

Eintritt frei.

Der Oberrarr.

Georg Zettwoch

Schneidermeister

31 Gerwigstr. Karlsruhe Gerwigstr. 31

bis Mitte März 5%

Anfertigung nach Maß.

Hochfeine Musterkollektion zur Verfügung.

Alle Reparaturen.

926

